Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 7-8

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

«Das Loch der Zukunft»

Hundert Jahre Gotthardbahn

Aus der Zeit, in welcher der Kampf entschieden war, welches der fünf Vorprojekte für Alpenbahnen in der Schweiz zur Ausführung gelangen und wo der Durchstich für eine Nord-Süd-Verbindung erfolgen sollte, gibt es eine Karikatur auf das Projekt der Gotthardbahn. Sie ist abgebildet im Buch von *Alfred A. Häsler,*[1] und sie zeigt die Figur der Helvetia, wie sie – das Wappenschild an der Seite und offensichtlich einen prallen Geldsack auf den Knien – auf einem hochragenden Felsbrocken thront, der in seiner mittleren Höhe durchbohrt ist. Ein Uniformierter mit Pickelhaube, dessen linker Fuss auf einem zerrissenen Blatt mit der Aufschrift «Schweizerische Neutralität» steht, und ein schnauzbärtiger Italiener in wallendem Umhang und ausladender Hutkrempe reichen sich durch das Loch hindurch die Hand. Überschrieben ist die Karikatur: «Das Loch der Zukunft.» Das ist damals satirisch gemeint gewesen, auch abschätzig vielleicht und voller Zweifel. Aber wenn man hundert Jahre nach der Eröffnung der Gotthardbahn auf die Zeichnung blickt, bekommt die Überschrift eine andere Bedeutung. Was damals ungewisse und von vielen spöttisch glossierte Zukunft war, ist inzwischen schon überholt. Der Bahntunnel hat sich als Nord-Süd-Verbindung bewährt, er hat im Strassentunnel (dessen Bau, obgleich die Röhre nicht länger ist und fast an derselben Stelle den Berg durchsticht, länger gedauert hat!) Konkurrenz erhalten, und ausserdem bestehen bereits Projekte für einen zweiten Eisenbahntunnel an der Basis. Es wird diskutiert, ob man das Gotthardmassiv auf einer Länge von 46 Kilometern (der hundertjährige Tunnel hat 15 Kilometer) von Amsteg bis Bodio durchbohren soll. Die Frage ist längst nicht mehr, ob dergleichen technisch möglich oder ob die Neutralität der Schweiz gefährdet sei, was in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Vorgesprächen vor dem Bau tatsächlich eine nicht geringe Rolle gespielt hat. Strittig sind heute Fragen der Umweltbelastung, und im Zusammenhang damit auch erneut die Frage, ob nicht ein Durchstich weiter östlich, zum Beispiel am Splügen, die nötige Entlastung bringen solle.[2] Aber dass der Durchgangsverkehr durch den Gotthard eine Belastungsgrenze erreicht hat, sowohl was die Zahl der täglich zwischen Göschenen und Airolo verkehrenden Züge wie die Zahl der Reisenden und der Gütertonnen betrifft, leidet keinen Zweifel. Das «Loch der Zukunft» ist seit langem nicht mehr wegzudenken.

Zum Jubiläumsjahr sind prachtvolle Publikationen erschienen, die in

Wort und Bild vergegenwärtigen, wie es zu dem für die damalige Zeit sensationellen Unternehmen gekommen ist. Neben dem Buch von Häsler, das sich vor allem den handelnden Menschen, den Unternehmern, Ingenieuren und Arbeitern zuwendet, greifen wir den Band *«Die Bahn durch den Gotthard»* heraus, das offizielle Jubiläumsbuch der SBB, in dem verschiedene Autoren verschiedene Aspekte der Gotthardbahn dargestellt haben, auch dieser Band reich und zum Teil farbig illustriert,[3] ausserdem den Bildband *«Gotthard. Als die Bahn gebaut wurde»*, weil er in sorgfältiger Reproduktion Photographien aus der Zeit des Bahnbaus enthält, die der Photograph *Adolphe Braun* (1811–1877) gemacht hat.[4] Das neunzehnte Jahrhundert ist das Jahrhundert der Eisenbahn. Selbstverständnis und Fortschrittsglaube der Zeit drücken sich nicht nur in den bewundernswerten Projekten, den Planskizzen, den Konstruktionen und der Gestaltung zum Beispiel der Brücken, aber auch der Eisenbahnwagen und ihrer Interieurs aus. Sie sind spürbar im Engagement, ja in der Fulminanz, mit der das gewaltige Werk in Angriff genommen wurde. Fast unglaublich muss heute anmuten, wie rasch alles voranging. 1853 wurde ein Komitee für das Gotthard-Unternehmen gegründet; da war noch längst nicht sicher, ob nicht der Lukmanier oder eher ein in den westlichen Schweizer Alpen gewählter Durchstich zum Zuge kommen werde. 1869 einigten sich die Schweiz, Italien und Deutschland definitiv für den Gotthard, und von da an überstürzen sich die Ereignisse förmlich: 1872 wird mit der Arbeit am Tunnel begonnen, Ende Februar 1880 erfolgt der Durchschlag, und im Juni 1882 wird der durchgehende Gotthardverkehr Luzern – Chiasso aufgenommen. Die erwähnten Publikationen lassen uns auf allen Ebenen miterleben, was die Beteiligten und die Beobachter dabei bewegt hat.

Diplomatie um den Gotthard

Natürlich waren hier nicht nur Fragen schweizerischer Verkehrspolitik zu lösen. Die Interessen der europäischen Mächte waren zu beachten, und der Versuch musste gemacht werden, auf einen Nenner zu bringen, was zunächst unterschiedliche Interessen hatte. Dabei darf nicht vergessen werden, dass ja nicht der Staat, also die Schweizerische Eidgenossenschaft, sondern eine private Gesellschaft hinter dem Projekt stand. Der Bund konnte die Konzession erteilen oder verweigern, er konnte Subventionen geben. Aber er war keineswegs der Bauherr. Das erschwerte natürlich die Position seiner Vertreter in internationalen Verhandlungen. Um so erstaunlicher erscheint es, dass die Einigung dennoch verhältnismässig rasch zustandekam. Am 15. September 1869 wurde im Bundeshaus in Bern die Internationale Gotthardkonferenz feierlich eröffnet. In fünfzehn Sitzungen erarbeitete sie den Text jenes Staatsvertrags, der schon am 15. Oktober beschlossen werden konnte. Er sieht vor, dass die Schweiz treuhänderisch für die Verkehrsinteressen auch Italiens und Deutschlands die Bahn durch den Gotthard baut. Die Schweiz, Italien, der Norddeutsche Bund und Baden (die Konferenzteilnehmer) erklären sich bereit, derjenigen Gesellschaft, die sich für Bau und Betrieb der Gotthardbahn bilden

wird, gemeinsam eine Subvention zu gewähren. Der Bundesrat soll über diese Gesellschaft eine gewisse Aufsicht ausüben, und ausserdem werden ein paar Grundbedingungen, die durch die Bahn erfüllt sein müssen, im Vertrag klar umschrieben. So zum Beispiel steht da, der zu bauende Tunnel müsse gradlinig und für den Betrieb mit Doppelspur gebaut sein. Noch im Oktober des gleichen Jahres fasst der Bund Beschlüsse über sein Verhältnis zur Gotthardbahn: Er ist berechtigt, die in der Konzession erwähnten Bahnen zurückzukaufen, nämlich nach Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90. und 99. Jahres (ab 1879 gerechnet), sofern er jeweils fünf Jahre vor einem dieser Termine seine Absicht kundgetan hat. Wichtig ist auch, dass sich die Schweiz im Gotthard-Vertrag vorbehalten hat, alle Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Neutralität und zur Verteidigung des Landes zu treffen, wozu ausdrücklich auch die Möglichkeit «ausreichender und entschiedener Zerstörung» gehört, wie es in den Konzessionsbestimmungen heisst.

Der Gotthardvertrag führte zu Auseinandersetzungen, die mit aller Heftigkeit ausgetragen wurden. Da meinte etwa der «Freie Rätier», der Bundesrat spiele die Schweiz Bismarck in die Hände, und im Winterthurer «Landboten» stand zu lesen, unsere führenden Magistraten seien zu «Marionetten der Grossmächte» geworden. Die schweizerischen Gotthard-Gegner erhielten Schützenhilfe aus Frankreich. Der Verdacht, dass durch den Vertrag die Neutralität der Schweiz gefährdet sei, wird zum Beispiel in einem Artikel des «Moniteur» schon im Titel ausgesprochen: «Les Prussiens en Suisse.» Vor allem das Buch von Alfred A. Häsler, *«Gotthard. Als die Technik Weltgeschichte schrieb»*, ist eine lebendige Darstellung dieser innen- und aussenpolitischen Auseinandersetzungen.

Grosse Unternehmer, eigenwillige Magistraten

Eindrücklicher noch als die diplomatische Vorgeschichte sind die Persönlichkeiten, die massgebend an der Verwirklichung der Gotthard-Bahn beteiligt sind. Wir müssen uns auf Beispiele beschränken. Da ist zum Beispiel *John Speiser* (1813–1856), Sohn eines Basler Tuchhändlers, der sich nach dem Literargymnasium zum Kaufmann ausbildete, mit Lehrjahren in Mülhausen, Marseille, Bordeaux und Liverpool, in denen er seine Kenntnisse des Welthandels ausbaute. Nach seiner Rückkehr nach Basel gründete er ein Bankinstitut. Er wurde, nach der Gründung des Bundesstaates, als Münzexperte des Bundesrates zum Schöpfer der Frankenwährung. Von ihm wird gesagt, er sei zu den Miterfindern der «Dampfmaschine des Kredites» zu zählen. Er ist der erste Präsident der in Basel gegründeten Schweizerischen Centralbahn, und von seinem Weitblick zeugt die Vision, die in seinem Wort zum Ausdruck kommt: *«Die Centralbahn wird eine Weltbahn sein, und sie wird es sein in ihrer Fortsetzung Richtung Gotthard.»* Speiser erkannte frühzeitig die britischen Interessen an einer möglichst direkten und sicheren Verbindung von England über Basel nach Genua und von da zum projektierten Suez-Kanal. Er war es, der darum mit dem Vorschlag an Alfred Escher herantrat, die Nord-Ost-Bahn und die Centralbahn sollten sich gemeinsam um den Bau einer

Gotthard-Bahn bemühen. Escher lehnte zuerst ab, aus finanziellen Erwägungen und auch darum, weil er lange Zeit ein Anhänger des Lukmanier-Projekts war. Mit *Alfred Escher* (1819–1885) tritt eine der dynamischsten Unternehmerpersönlichkeiten auf den Plan. In seiner Zusammenarbeit mit *Josef Zingg* (1828–1891), dem Luzerner Staatsschreiber und in dieser Eigenschaft Vorsitzender des Gotthard-Comités, ändert Escher seine Meinung und setzt sich fortan für das Gotthard-Projekt ein. Nach Ansicht von *Anton Eggermann,* der im Band *«Die Bahn durch den Gotthard»* das grosse Kapitel über die Geschichte des Gotthardweges geschrieben hat, ist das Triumvirat Speiser, Zingg und Escher die Schicksalsgemeinschaft kraftvoller Persönlichkeiten, welche die Entstehung des grossen Werks in die Wege geleitet hat. *«Speiser als Genie, von dem der zündende Funke ausging»,* Zingg als *«umsichtiger und kluger Geschäftsführer»* und Escher *«als Arbeiter der letzten Stunde»,* der *«dank seiner beispiellosen Tatkraft, Erfahrung und Gewandtheit und geschäftlichen Integrität mit Recht in die Geschichte der Gotthardbahn eingegangen ist».* Hier wäre freilich auch von den hervorragenden Ingenieuren zu reden, von *Gottlieb Koller* etwa, *Robert Gerwig,* von *Jean-Daniel Colladon* (1802 bis 1893), der als Physiker und Berater Favres seinen Erfindungsgeist in den Dienst des Gotthard-Projekts stellte. *Louis Favre* (1826–1879) war selber nicht Ingenieur, sondern Zimmermann. Durch Einfallsreichtum und praktisches Geschick zeichnete er sich früh aus, sammelte Erfahrungen auf Brücken- und Tunnelbaustellen und etablierte sich als selbständiger Bauunternehmer. Colladon war es, der ihn bewog, sich um den Bau der Gotthardbahn zu bewerben. Der Auftrag wurde ihm zugeschlagen, obwohl aus den Darstellungen hervorgeht, dass er sich vielleicht nicht gründlich genug vorbereitet, dass er zu optimistisch gerechnet hatte. Sein Schicksal ist nicht ohne Tragik, den Durchstich hat er nicht mehr erlebt. Aber vielleicht war er dennoch der einzige, der richtige Mann, mit Schwung und Überzeugungskraft auch schwierige Situationen zu meistern. Eggermann über ihn:

«Als Bauunternehmer war Favre ein Naturtalent mit einem Charisma im Umgang mit dem engern Mitarbeiterstab und seinen Arbeiterscharen, die ihn alle hochschätzten und als gütigen und verständnisvollen Chef verehrten. Was die Arbeiterfürsorge anbelangt, schneidet er hingegen nicht gut ab.»

Das freie Unternehmertum brachte Persönlichkeiten hervor, die zielbewusst und selbstsicher vorangingen. Ihre Arbeitskraft, ihr unbändiger Erfolgsdrang haben Grosses ermöglicht. Wir können nur staunen. Aber freilich zeigen sich auch problematische Seiten, zum Beispiel darin, dass zwischen den Interessen der Bahnpioniere und ihrer Geldgeber und denen der staatlichen Gemeinschaft Konflikte drohten. Bundesrat *Emil Welti,* seinerseits eine knorrige und starke Persönlichkeit, schrieb an Escher, im Finanzplan der Gotthardgesellschaft seien die Subventionen der Kantone und des Auslands à fonds perdu nicht nur in bezug auf den Dividendengewinn, sondern auch in bezug auf alle andern Rechte, die sonst mit Aktien verbunden seien. Zu einer solchen Institution werde er, Welti, nie und nimmer Hand bieten.

Schönheit der Technik

Der Bildband mit den Photographien des *Adolphe Braun,* zu welchem *Kurt Zurfluh* den Text geschrieben hat, führt den Betrachter zurück in die Zeit der Eisenbahnbegeisterung. Eine Brücke aus Bruchsteinen bei Goldau, darunter das neu verlegte Trassee, oder einfach schnurgerade Schienen mitten im Bergsturzgebiet von Goldau: da spürt man, was der Photograph auf die Glasplatte bannen wollte. Der Sieg über die Natur, die leichte Eisenkonstruktion, das Baugerüst, Galerien und Kehrtunnel sind des Bildkünstlers Motive. Wie sich die Gitter der Brükkenkonstruktionen über Abgründe, Schluchten und Abstürze legen, hat er getreulich festgehalten. Auf seinen Bildern erscheint kaum der Mensch, nur das technische Bauwerk, die Bohrmaschine, das Tunnelportal. Der neue Bahnhof von Bellinzona, davor eine Zugskomposition, ist wie ein Renaissance-Palazzo ins Bild gerückt. Die Szene ist unbelebt, eine Baulandschaft eben, wie sie Adolphe Braun als getreuer Chronist festgehalten hat. Nichts sieht man von den Tausenden von Arbeitern. Man sieht die Wunden im Berghang, den Schutt, die Maschinenhäuser, den Schienenstrang. Und indem man mit den Augen des Bildchronisten der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts schaut, erkennt man die Schönheit des technischen Bauwerks.

Schattenseiten

«Das Loch der Zukunft» wirkte sich nicht für alle segensreich aus. Die Zahl der Auswanderer aus dem Kanton Uri nach Amerika nahm nach der Eröffnung der Bahn zu. Bald einmal, schreibt Kurt Zurfluh, lebten in den Staaten mehr Hospentaler als im Gotthardorf selber. Zwischen 1880 und 1890 wanderten insgesamt 825 Urnerinnen und Urner aus, weil sie in der Heimat keine Zukunft mehr sahen. Andermatt, Hospental und Realp waren am stärksten betroffen. Keine Schlittenknechte und keine Postillone waren mehr nötig, Wegmacher und all die andern, die mit ihren Dienstleistungen am Weg über den Gotthard ihr Brot verdient hatten, traf das harte Los.

Bei Häsler sind die Arbeitsbedingungen der Arbeiter am Tunnel ausführlich beschrieben, auch der Streik, der am 28. Juli 1875 blutig niedergeschlagen wurde. Im Buch von Eggermann, Lanfranconi, Winter, Kalt und Trüb geht im Vorwort immerhin *Roger Desponds,* der Präsident der Generaldirektion der SBB, auf diese düsteren Seiten einer grossen unternehmerischen und technischen Leistung ein. Er erwähnt die 177 Menschen, die beim Bau des Gotthardtunnels ihr Leben eingebüsst haben, und er zitiert den Schriftsteller Eugène Rambert, der in seinen Reisenotizen festgehalten hat, wie die Arbeiter, die in Göschenen stationiert waren, wohnen mussten: Sie mieten kein Bett, schreibt er, sie mieten den Drittel eines Bettes, zusammen mit zwei Kameraden aus anderen Schichten. Oder er beschreibt eine Tunnelbesichtigung so anschaulich, dass man über die Zähigkeit und die Ausdauer der Mineure nur staunen kann. Belüftungstechnik, Absaugen des Staubes, Schutz vor einbrechendem Wasser standen in den Anfängen. Häsler berichtet davon,

dass die Urner Regierung 1875 dem Bundesrat über die Zustände auf den Baustellen und in den Quartieren der Arbeiter Rapport erstatten musste. Man wollte untersuchen, was den Aufruhr ausgelöst hatte. Aber die Urner Regierung beschränkte sich darauf, die strafrechtlichen Aspekte des gewaltsam niedergeschlagenen Streiks zu erörtern. Der bündnerische Anwalt und Ständerat Hans Hold, der darauf im Auftrag des Bundesrates über die Lage der Arbeiter am Gotthard einen Bericht erstatten sollte, kommt zu teilweise bedenklichen Schlüssen. So etwa bestehe nahezu keine Fremdenkontrolle, und wenn sich Totschlag oder Mord ereigne, so werde die Polizei tunlichst nicht zugezogen. Über die Wohnverhältnisse in Göschenen schreibt Hold, hier sei *«dringendst eine durchgreifende Abhilfe»* geboten.

Weitsicht

Unsere Gegenwart ist schnellebig geworden. Das grosse Verkehrs-Bauwerk dieses Jahrhunderts, die Autobahnen, haben uns vor Augen geführt, dass zwischen dem Nützlichen und dem Schädlichen nur noch ein schmaler Grat ist. Die Bedeutung der Bahn durch den Gotthard ist jedenfalls nicht geringer geworden, und die Weitsicht derer, die sie geplant und verwirklicht haben, auf politischer, unternehmerischer und technischer Ebene, erweist sich als um so erstaunlicher, als sie sich durchzusetzen hatte gegen Vorschläge wie die Zahnradbahn zur Überquerung der Alpen, Spitzkehren zur Überwindung der Steigung, ja Verlad der Güter auf Lastschiffe auf dem Vierwaldstättersee und auf Langen- und Comersee. Die drei Publikationen, die wir herausgegriffen haben, zeigen den menschlichen und sozialen Hintergrund, die technischen Details der Baugeschichte und – in den Bildern Adolphe Brauns — das Erscheinungsbild der Baustelle. Der Band *«Die Bahn durch den Gotthard»* geht dabei am weitesten in der detaillierten Information nicht nur über die Projekte und die Arbeitsausführung (Karl J. Lanfranconi), sondern auch über die Marksteine der Zugsförderung am Gotthard (Paul Winter), über den Verkehr auf der Gotthardbahn gestern, heute und morgen (Robert Kalt) und über die Entwicklung des Betriebs auf der Gotthardstrecke (Walter Trüb). Wer sich mit dem hundertjährigen Gotthardtunnel beschäftigt, kann nicht umhin, vorauszuschauen. «Das Loch der Zukunft» hat seine Faszination behalten.

Anton Krättli

[1] Alfred A. Häsler, Gotthard. Als die Technik Weltgeschichte schrieb. Verlag Huber, Frauenfeld 1982. – [2] Vgl. dazu auch Georg Kreis/Franz Egger, Gotthard kontra Splügen – Zur Geschichte der Ostalpen-Bauprojekte, in «Schweizer Monatshefte», März 1981. – [3] Anton Eggermann, Karl J. Lanfranconi, Paul Winter, Robert Kalt und Walter Trüb, Die Bahn durch den Gotthard. Orell Füssli Verlag, Zürich 1981. – [4] Adolphe Braun, Kurt Zurfluh, Gotthard – Als die Bahn gebaut wurde. Eugen Rentsch Verlag, Zürich 1982.

Mut oder Anmassung?

Max Waibels Teilnahme an den Kapitulationsverhandlungen von 1945

Der kürzlich veröffentlichte Bericht über Max Waibels geheime Vermittlungstätigkeit am Ende des Zweiten Weltkrieges hat einen starken Widerhall gefunden.[1] Dies ist um so bemerkenswerter, als in den Verhandlungen von damals und der Kapitulation als solcher kaum gegenwartsbezogenes Interesse innewohnt. Die Kommentare haben sich denn auch, wenn man von Edgar Bonjours und Marcel Becks Beiträgen absieht, nicht mit den spezifisch historischen Fragen auseinandergesetzt; sie haben vielmehr zur prinzipiellen Frage Stellung genommen, ob Waibels Vermittlungsaktion zu billigen oder zu missbilligen sei.

Dies ist die Frage, die auch wir nochmals aufgreifen möchten. Aus der Vielzahl der historischen Fragen, die hier nicht abgehandelt, aber kurz skizziert werden sollen, ragt die Frage nach dem Nutzen der Vermittlungsaktion heraus. Wie weit verflüchtigte sich ihr Nutzen im Laufe der sich über zwei Monate hinziehenden Verhandlungen, so dass in der Bilanz dem belastenden Engagement kein entsprechender Ertrag mehr gegenüberstand? Wie sind die Tatsachen zu verrechnen, dass die für die Schweiz wichtigen Häfen Genua und Savona und die Zufahrtsrouten zum Simplon und zum Gotthard unversehrt blieben, dass der oberitalienische Wirtschaftsraum, mit dem sich substantielle schweizerische Interessen verbanden, nicht zerstört wurde, dass die Kämpfe der Schlussphase nicht auf Schweizerboden übergriffen, dass keine deutschen Truppen versuchten, sich über schweizerisches Territorium nach Deutschland durchzuschlagen?

Ein weiterer Fragenkomplex betrifft die internationale Dimension der Angelegenheit: Inwiefern handelte es sich bei dieser Aktion um einen deutschen Versuch, mit Separatverhandlungen im letzten Moment noch einen Keil in die schon brüchig gewordene angelsächsisch-sowjetische Allianz zu treiben und die Westmächte dazu zu bewegen, mit dem Dritten Reich gemeinsame Front gegen den Osten zu machen? Oder handelte es sich bloss um eine private Aktion eines hohen SS-Führers, der sich mit einer Kapitulationsgeste schonende Behandlung in der Nachkriegszeit erkaufen wollte? Wie wirkte sich die vorzeitige Kapitulation in Norditalien auf das Kampfgeschehen in Deutschland und auf die endgültige Kapitulation aus? Was war ihre Auswirkung in Norditalien: Verhinderte sie das Vordringen der jugoslawischen Partisanen und damit die Ausdehnung des kommunistischen Einflusses?

Dienstpflicht und Gewissen

Mit dem Fall Waibel verbindet sich die klassische Frage nach der Statthaftigkeit des zivilen Ungehorsams. Darf man sich über Vorschriften hinwegsetzen, wenn die eigene höhere Einsicht dies gebietet? Als sich der Bundesrat 1946 im Fall Waibel vor diese Frage gestellt sah, nahm er die Haltung ein,

die jede vorgesetzte Behörde gegenüber Kompetenzanmassung untergeordneter Stellen einnehmen muss: Er erkannte auf Verletzung der Dienstpflicht, konnte aber wegen der Verjährung von der Verhängung einer Disziplinarstrafe absehen. Der Chef des Militärdepartements wurde lediglich beauftragt, dem eigenmächtigen Vermittler die bundesrätliche «Missbilligung» auszudrücken. Max Waibels Aktion wurde als Verletzung der in der Verordnung vom 14. April 1939 verankerten Neutralitätsvorschriften und als Einbruch in den einzig der Landesregierung zustehenden Bereich der internationalen Politik gewertet. Immerhin wurde als mildernder Umstand die Tatsache berücksichtigt, dass Waibel auch in seiner Eigenschaft als Nachrichtenoffizier gehandelt habe. Art. 32 des Strafgesetzbuches bestimmt, dass eine aus *Berufspflicht* begangene Tat nicht als Verbrechen zu bewerten sei. Die Mitwirkung bei den Kapitulationsverhandlungen gab Waibel tatsächlich ein ausgezeichnetes, auf keinem anderen Weg erreichbares Mittel in die Hand, um sich unmittelbar Einblick in die Operationsziele und Bewegungen in den verschiedenen Kampfgebieten zu verschaffen. Dank Waibels Informationen konnte die Armee ein lagegerechtes Dispositiv aufstellen und auf die Mobilisation weiterer Truppen verzichten, was dem Land grosse Auslagen erspart hat. Neben der Berufspflicht hat der Bundesrat einen zweiten mildernden Umstand gelten lassen: Den *Gewissensnotstand* im Sinne von Art. 34 des Strafgesetzbuches und Art. 26, Ziffer 2 des Militärstrafgesetzbuches. Waibel wollte ja mit seiner Mediation die oberitalienische Bevölkerung und die in Oberitalien ansässigen Auslandschweizer vor der Gefahr des Todes und wirtschaftlichen Ruins retten.

Altbundesrat Friedrich Traugott Wahlen würdigt im Geleitwort zu dem nun als Buchausgabe vorliegenden Vermittlungsrapport Waibels Mut, Geschick und Geduld. Wahlen stellt die Aktion unter das Schillersche Motto: «Gehorche der Zeit und dem Gesetz der Stunde!» Er bekennt, «dass es, besonders in schweren Zeiten, Situationen geben kann, die zum Überschreiten sonst allgemein gültiger Vorschriften führen können». Wahlen spricht aus eigener Erfahrung, weil das Anbauwerk im Zweiten Weltkrieg im nötigen Umfang nicht möglich geworden wäre, hätte er 1940 als Beauftragter des Volkswirtschaftsdepartementes nicht die Insubordination begangen, den Plan ohne die vorherige Information des Bundesrates in der Öffentlichkeit vorzutragen. Und im Nachwort würdigt der Militärhistoriker Hans Rudolf Kurz Waibels Mediation als «Akt wohlverstandener Neutralitätserfüllung, wie sie in der humanitären Tradition unseres Landes verankert ist».

Zustimmung und Kritik

Die meisten Rezensenten schliessen sich den positiven Würdigungen an, die das vorschriftswidrige Unternehmen durch Wahlens Geleitwort und Kurz' Nachwort erfahren hat. Im «Tagesanzeiger-Magazin» (33/81) spricht Willy Schenk von der Grosstat eines ungehorsamen Majors; in der «Weltwoche» (33/81) spricht Jürg Ramspeck von Gewissenspflichterfüllung und davon, dass Waibel den ihm

zustehenden Platz in der Schweizer Geschichte noch nicht eingenommen habe. In der «Neuen Zürcher Zeitung» (15./16. 8. 1981) würdigt Edgar Bonjour Waibels bewundernswerte Vorsicht und Geduld sowie den Mut, mit dem Waibel – ganz auf sich selbst gestellt – das humanitäre Unternehmen in Angriff genommen und trotz allen persönlichen Gefahren daran festgehalten habe. Der «Bund» (14. 11. 1981) nennt die Vermittlung eine kühne Tat, und in der «Basler Zeitung» (8. 5. 1982, nach der ausführlichen Präsentation vom 8. 10. 1981 durch den Schreibenden) attestiert Hanns U. Christen dem Vermittler Zivilcourage – «eine Eigenschaft wahrhaft grosser Persönlichkeiten».

Walter Schaufelberger dagegen hebt in der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung» (2/82) bloss hervor, was man *gegen* Waibels Unternehmen vorbringen kann, dass es nämlich ein eigenmächtiges und befehlswidriges Handeln gewesen sei. Die schärfste Kritik erfährt der Bericht Waibel in Marcel Becks Kommentar: Der Verfasser des Berichtes habe bei der Darstellung der Vorgänge zu sehr seinen eigenen Nachruhm im Auge gehabt; Beck richtet seine Kritik auch gegen Wahlen und Bonjour und wirft der Generation des Zweiten Weltkrieges (der auch er angehört) vor, sie könne es nicht lassen, sich «im Faltenwurf des Heroismus» zu präsentieren (Badener Tagblatt vom 10. 10. 1981, Entgegnung von Klaus Streif am 31. 10. 1981).

Gewiss ist die überwiegend positive Beurteilung von Waibels Aktion durch den Umstand bestimmt, dass das Unternehmen – wenn man von der nicht beeinflussbaren Verzögerung des Kapitulationsabschlusses absieht – alles in allem ein Erfolg war. Erfolg gibt bekanntlich Recht. Historiker können da mit Beispielen aufwarten, etwa mit dem Hinweis auf den Preussengeneral Yorck, der 1812 gegen den Willen seines Königs Napoleon fallen liess, sich in der Konvention von Tauroggen mit den Russen verbündete und in der Folge mit seiner Instruktionsverletzung zum Nationalhelden wurde.

Die grundsätzliche Frage aber, wann die Missachtung geltender Vorschriften als Disziplinlosigkeit verurteilt, wann sie als ziviler Ungehorsam gewürdigt werden soll, ist eine Frage, die nicht der Fachhistoriker, sondern jeder Bürger für sich zu beantworten hat. Die Antwort setzt allerdings voraus, dass man sich die Frage überhaupt stellt und dass man sich als selbsttätiges und nicht bloss als gesteuertes Wesen versteht.

Ein Sonderfall

Dieses Selbstverständnis wollte Max Waibel mit seiner exemplarischen Darstellung fördern. Sein Bericht fordert den Leser auf, aus eigenem Verantwortungsbewusstsein auf den Plan zu treten, nicht weil ein Befehl, sondern weil das Gewissen zur Tat rufe.

Max Waibel: «Ich will mit meinem Buch (. . .) zeigen, dass auch heute noch der einzelne Mensch, auch wenn er kein Amt und keinen Auftrag hat, einen wichtigen Beitrag zum Frieden leisten kann. Keine menschliche Ordnung, auch nicht die demokratische, kann ausschliesslich durch die Arbeit ihrer bestellten Lenker und ihrer Organe gedeihen. Immer wieder werden Verantwortungsbewusstsein und In-

itiative des Einzelnen, des Aussenstehenden, entscheidenden Anteil haben müssen, wenn der Geist wahrer Freiheit lebendig und schöpferisch bleiben soll.» Allein schon dieses Bekenntnis ist die Publikation dieses Berichtes wert.

In einem Punkt wird man Waibels Überlegungen mit *zusätzlichen* Reflexionen verbinden müssen. Über seine Haltung gegenüber der zivilen und der militärischen Autorität schreibt Waibel: «Ich wollte die beiden verantwortlichen Instanzen nicht mit dem Wissen um eine solche Aktion belasten. Nur so hätte im Falle eines Fehlschlagens durch Bruch des Geheimnisses Bundesrat und Armeekommando in guten Treuen erklären können, dass die Aktion ohne Wissen und Willen der verantwortlichen Behörde erfolgt war, und dass die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen würden.»

Natürlich wäre es naiv gewesen, eine Instanz um eine Bewilligung anzugehen, die sie – in diesem Fall aus Rücksicht auf die Neutralitätsmaxime – gar nicht hätte geben dürfen. Anderseits wäre es ein Trugschluss zu meinen, man könne seinem Gewissen allein schon deswegen folgen, weil man als selbsternannter Akteur auch bereit ist, die «volle Verantwortung» dafür zu übernehmen. Man kann nur seine eigene Stellung, allenfalls auch sein Leben einsetzen – mehr nicht. Auch 1945 wäre die Angelegenheit nicht damit erledigt gewesen, dass sich die Behörde von Waibel distanziert und ihn bestraft hätte. Im Falle eines Scheiterns hätten die Regierung und das ganze Land die Folgen zu tragen gehabt. Die Wahrscheinlichkeit, dass die hintergangene deutsche Reichsregierung auf das Bekanntwerden der geheimen Kapitulationsverhandlungen mit einem Gewaltakt reagiert hätte, war allerdings minim. Dem wird Waibel Rechnung getragen haben. Der Hinweis auf das nicht persönlich einlösbare Risiko sei hier bloss als grundsätzlicher Einwand gegen leichtfertige Analogiebildungen ins Bedenken genommen.

Georg Kreis

[1] Max Waibel: 1945 Kapitulation in Norditalien. Originalbericht des Vermittlers. Helbing & Lichtenhahn, Basel 1981.

Jean Piaget in sowjetischer Sicht

Autobiographische Notizen und Erinnerungen von B. M. Kedrow

Mit einem umfangreichen Beitrag über *Jean Piaget* hat vor kurzem die von der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften in Moskau herausgegebene Zeitschrift für Philosophie (*«Voprosy filosofii»*, 1981, IX) eine neue Rubrik eröffnet, in der künftig Fachphilosophen aller Richtungen Gelegenheit erhalten sollen, unter dem Serientitel *«Begegnungen, Erinnerungen, Memoiren»* in lebendiger «bildhafter Sprache» aus ihrem Leben sowie aus ihrem

«schöpferischen Laboratorium» zu berichten.

In einer lockeren Folge von autobiographischen Aufzeichnungen teilt der sowjetische Epistemologe *B. M. Kedrow* seine Erinnerungen an den «gelehrten französisch-schweizerischen Psychologen» mit, den er zwischen 1954 und 1967 insgesamt fünfmal – dreimal in der Schweiz, zweimal in Moskau – getroffen und mit dessen wissenschaftstheoretischen Arbeiten er sich während Jahren eingehend, bisweilen kritisch, immer jedoch mit Respekt auseinandergesetzt hat. – Zur ersten Begegnung zwischen Kedrow und Piaget kam es im August 1954 aus Anlass eines an der ETH Zürich von Ferdinand Gonseth, Wolfgang Pauli u. a. organisierten internationalen Kongresses zur Philosophie, Logik und Methodologie der Wissenschaft. Kedrow hielt damals vor dem Plenum einen Vortrag «Über die Klassifikation der Wissenschaften», zu dem sich in der anschliessenden Diskussion auch Piaget («der die Idee des Vortrags insgesamt unterstützte») äusserte: «Ganz besonders hatte ihm, wie er sagte, die Tatsache gefallen, dass die Psychologie in dem von mir vorgeschlagenen Dreieck der Wissenschaften die zentrale Position einnahm; indes machte er mir zum Vorwurf, dass ich die Psychologie nicht zu den Basiswissenschaften (Naturwissenschaft, Gesellschaftswissenschaften, Philosophie) zählte, sondern sie zwischen diesen ansiedelte. Nach meinem Vortrag kaperte mich Piaget irgendwo in den Couloirs des Kongressgebäudes, und wir setzten nun unser Gespräch fort – diesmal über die Klassifikation der Wissenschaften und über die Stellung der Psychologie im allgemeinen System der Wissenschaften. Ich sagte ihm, dass mir sein Kreisring-System der Wissenschaften, wie es in seiner ‚Einführung in die genetische Epistemologie' dargelegt sei, sehr gefallen habe – jenes System, das er als ‚epistemologischen' oder ‚genetischen' Ring bezeichnet, wenngleich ich in dieser Frage nicht in allem mit ihm übereinstimme. In diesem Zusammenhang verwies ich ihn auf den Leninschen Gedanken, wonach ‚die Wissenschaft ein Kreis der Kreise' sei und die Erkenntnis ‚in Form einer Reihe von Kreisen' dargestellt werden könne. Dies fand Piagets Interesse. Ich fügte hinzu, dass auch ich zur Idee eines Kreisschlusses der linearen Wissenschaften gelangt sei, doch als Berührungspunkt habe sich bei mir nicht die Psychologie – wie bei ihm – erwiesen, sondern die Logik, da ja bei mir die objektive Logik in der Reihe der Wissenschaften am Anfang, die subjektive hingegen am Schluss stehe. Jean Piaget brachte seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass unsere Ideen bereits zum zweitenmal eine gewisse Ähnlichkeit erkennen liessen, und dies ungeachtet der Tatsache, dass es zwischen ihnen ganz wesentliche Unterschiede gab. ‚Sie sind Dialektiker', sagte er, ‚und ich bin es nicht – jedenfalls nicht in Ihrem Verständnis'.» Kedrow ergänzt seine Gesprächsnotiz durch den folgenden kurzen Zusatz: «In meinem Gedächtnis ist Jean Piaget stets der geblieben, als welchen ich ihn zum erstenmal sah: ein ehrwürdiger Gelehrter von hohem Wuchs, von leicht gebeugter Gestalt, mit einer grossen Mähne grauer Haare und mit einem aufmerksamen Blick aus durchdringenden Augen.»

Im weitern berichtet Kedrow von

einem nahezu kabarettistischen Treffen mit Piaget in Moskau (um 1960), in dessen Verlauf der «listige» Schweizer Psychologe offenbar gnadenlos – wenn auch mit geradezu pathetischem Sarkasmus – einen marxistisch-leninistischen Philosophieprofessor (dessen Name diskret verschwiegen wird) *ad absurdum* führte. Nach knapper Erwähnung einer dritten Begegnung (Genf 1962) holt Kedrow zu einer epischen Berichterstattung über den 18. Weltkongress für Psychologie aus, der 1966 in Moskau stattfand. Auf Kedrows Einladung hielt Piaget damals in der Redaktion der Zeitschrift *«Probleme der Philosophie»* ein Seminar ab, was sich schon deshalb aufdrängte, weil kurz zuvor zwei seiner Bücher in russischer Übersetzung erschienen waren. Aus Piagets Grundsatzerklärung zitiert Kedrow die folgende Passage *wörtlich* (Rückübersetzung aus dem Russischen): *«In meinem gestrigen Kongressvortrag sprach ich über die Wechselbeziehungen der Psychologie zu den andern Wissenschaften, insbesondere über die Wechselbeziehungen zwischen Psychologie und Logik. Nun möchte ich noch einige Worte über das Verhältnis der Psychologie zur Epistemologie sagen – oder zur Gnoseologie, wie Ihr sie hier in Moskau nennt. Ich meine, dass es in der Psychologie zwei Hauptgruppen von epistemologischen Fragestellungen gibt. Die erste – das ist die Epistemologie der Psychologie: wie denkt der Psychologe, welches sind seine Methoden und auf welche Weise gelangt er zur Begründung der psychologischen Wissenschaft. Oder anders gesagt – es handelt sich hier um die Frage, w i e überhaupt Psychologie möglich wird. Doch dies sind schon nicht mehr Probleme, mit denen ich selbst mich befasse. – Die zweite Hauptgruppe von epistemologischen Problemen der Psychologie – das ist die Epistemologie des menschlichen Subjekts, nicht des Psychologen, sondern des Subjekts, das vom Psychologen erforscht wird. Bei derartigen Untersuchungen haben wir ständig epistemologische Probleme zu lösen.»*

Kedrows letztes, von 1967 datiertes Gesprächsprotokoll bezieht sich auf sein mehrfaches Zusammentreffen mit Jean Piaget anlässlich des 12. Internationalen Symposiums über genetische Epistemologie in Genf. Aus diesem recht ausführlichen Protokoll sei hier – zum Schluss – eine persönliche Reminiszenz des sowjetischen Gastes an seinen Schweizer Kollegen angeführt: *«Es war dies die längste, die interessanteste und ergebnisreichste meiner Begegnungen mit Jean Piaget. Ich konnte ihn hier bei der Arbeit beobachten, in dem von ihm geleiteten wissenschaftlichen Zentrum für genetische Epistemologie in Genf, inmitten seiner nächsten Mitarbeiter und Assistenten, während der ausgedehnten Sitzungen beim Symposium, die er allesamt selbst leitete (auch während der Diskussionen), aber auch in häuslicher Umgebung, als ich bei ihm privat eingeladen war, und schliesslich beim Schlussbankett, das dem Symposium, aber mehr noch ihm persönlich gewidmet war. Bei all diesen Gelegenheiten war ich von Piagets staunenswerter Energie und geistiger Jugendlichkeit frappiert. Denn immerhin war er damals schon 71 Jahre alt, doch wollte es scheinen, als verberge sich unter der Maske eines ehrwürdigen grauhaarigen Gelehrten ein temperamentvoller junger Mann. Staunenswert war auch die*

Lebhaftigkeit, mit der er sich buchstäblich in die Debatten stürzte, mit der er seine vertrackten Fragen stellte, mit der er jene Meinungen abwies, die er nicht anerkennen konnte, und jene unterstützte, die er selbst teilte ... Man spürte, dass er hier zu Hause war, in seiner gewohnten Umgebung, inmitten von Schülern und Mitarbeitern, die ihn liebten und zutiefst verehrten und denen er seinerseits mit väterlicher Aufmerksamkeit und Wärme begegnete. Und wenn er sich als Vorsitzender gelegentlich in den Gang der Diskussion ‚einschaltete', indem er den Referenten mitten im Wort unterbrach, so tat er auch dies auf seine äusserst sanfte Weise, wie um dem Betreffenden zu helfen, wobei alle Anwesenden zustimmend mit dem Kopf zu nicken pflegten. Das ist, dachte ich bei mir, die wahrhaft freundschaftliche Atmosphäre einer wissenschaftlichen Schule ...»

Dem wissenschaftstheoretischen Systemansatz B. M. Kedrows hat Jean Piaget einige Jahre später – 1969 – in seiner zusammenfassenden Darstellung des Systems der Wissenschaften (in *«Logique et connaissance scientifique»*, Encyclopédie de la Pléiade) eine respektvoll-kritische Würdigung zuteilwerden lassen.

Felix Philipp Ingold

Albert Speer und die Deutschen

Albert Speer ist am 1. September 1981 in London kurz nach einer Fernsehaufzeichnung über Hitlers Nachkriegsbaupläne an einem Schlaganfall gestorben. Er war 76 und ein halbes Jahr alt. Die Nachrufe waren – der Späturlaubszeit entsprechend – meist farblos. «Des Teufels Technokrat», «Des Teufels Architekt, der sich nie zum Engel machte», «Seine Vergangenheit hat er nie bewältigt», – so drei Überschriften grosser deutscher Tageszeitungen, in deren Artikeln sich Chronistenpflicht mit einem Gemisch von Einfühlung und Antipathie verband.

Ein Titel fiel aus dem Rahmen, in der «Nationalzeitung»: «Der Opportunist». Hier wurde jenem Albert Speer ein letzter Prozess gemacht, der im letzten Kriegsjahr und vor dem Nürnberger Gericht Verrat am Führer und den mitangeklagten Hauptkriegsverbrechern geübt habe. Göring hatte das Tribunal als letzte Schlacht ausersehen, die der Welt die Nibelungentreue von Hitlers engsten Vasallen noch im Untergang vor Augen führen sollte. Als Speer in seinem Schlusswort von jener Gesamtverantwortung der Führung und damit seiner eigenen Mitschuld sprach, zerstörte er diese Einheitsfront aus Verblendung, Trotz und Führertreue. Ein echter Nationalsozialist sei er ja nie gewesen, hiess es dann bei jenen, denen der Galgen sicher war. Dass dies in vieler Hinsicht sogar stimmte, bewiesen die Weltbestseller, die er nach den zwanzig Spandauer Gefängnisjahren veröffentlicht hat. Das Gemisch von Mitverantwortung,

also Kollektivschuld, von Reue, Kollektivscham und dem Recht auf Irrtum, also Respekt vor der je (auch in der Sünde) unantastbaren Person wurde im besten Sinne des Immanuel Kant und des deutschen Idealismus zum Trostpflaster auf den Wunden all der Parteigenossen, die ihnen von den Fragebögen der Entnazifizierung zugefügt worden waren. Speer wurde das Alibi der Deutschen, soweit sie Helfer oder Nutzniesser des Grossdeutschen Reiches waren. Dass Speer zugleich mit seinen Büchern der Wegbereiter einer Napoleonisierung Hitlers war, mochten die durch Speer Gewissenserleichterten gar nicht bedacht haben.

Nun ist in diesen Tagen ein Buch erschienen, das der Titelheld nicht mehr erlebt hat, von dem er wohl wusste, dessen Erscheinen er sogar zu behindern gewusst hat: «Albert Speer – Das Ende eines Mythos – Die Aufdeckung seiner Geschichtsverfälschung – Speers wahre Rolle im Dritten Reich» (Scherz Verlag). Das ist sehr viel auf einem Schutzumschlag. Dazu der Autor: Matthias Schmidt, ein junger Zeitgeschichtlicher, der damit seine Doktorarbeit erweitert im Scherz-Verlag vorlegt. Der Verlag möchte das Buch aus berechtigtem Eigeninteresse als Sensation gewertet wissen. Nach den Millionenauflagen von Speers «Erinnerungen» und seinem «Spandauer Tagebuch», nach seinem auch nicht ganz unbeachtet gebliebenen letzten Buch «Der Sklavenstaat» müsste doch diese Korrektur der historischen Wahrheit ebenso grosse Beachtung finden.

Das Ende eines Mythos? Hier stutze ich schon. Speer – ein Mythos? Das muss einem erst einfallen, oder man muss es uns erklären. Gewiss war Speer soweit gebildet, dass er in seinen «Erinnerungen» das Buch seines alten Mitkämpfers Alfred Rosenberg «Der Mythus des zwanzigsten Jahrhunderts» zum «Mythos» des zwanzigsten Jahrhunderts korrigiert. Aber dort hatte man uns schon mit dem vermanschten Begriff vom Mythos konfrontiert, der bestenfalls polemisch allem rational Nachprüfbaren entgegengesetzt werden sollte. So kommen Begriffe nicht unters Volk, sondern auf den Hund. Es gibt einen Sisyphus-Mythos, es gibt auch neben dem historischen Jesus einen Christus-Mythos. Aber einen Albert-Speer-Mythos? Peinlich. Hier sollte man doch lieber im Sinne des Strafprozesses von einem Albert-Speer-Alibi reden, denn es handelt sich hier um Dinge am Rande der politischen Legalität und nicht im Grenzbereich zwischen rationalem und höherem Wissen. Speer war ein recht handfester Bursche, ein megalomaner Architekt, ein ehrgeiziger und deshalb oft rücksichtsloser Karrierenmensch, ein intelligenter, ja superintelligenter Organisator vor allem des eigenen Lebens, vom Gewissen geplagt wie jedes wohlerzogene deutsche Bürgerkind, ein Schauspieler, der seine Rolle täglich neu studiert und nuanciert hat, irgendwo war er auch ein Glückspilz wahrscheinlich dank eines Naturells, das aus der hoffnungslosesten Lage das Beste zu machen wusste und das über den nächsten Tag hinaus ein grösseres Stück Zukunft im Blick behielt.

Als die trutzigen Gefährten um ihn im holsteinschen Schattenkabinett des Grossadmiral Dönitz der Nibelungen Tod einübten und in Nürnberg ihren fünften Akt aufführten, diskutierte er mit hochgestellten Engländern und

Amerikanern über die Nachkriegszeit. Ihnen imponierte dieser arrogante, die wirklichen Gefühle bis zum Nichts herunterspielende Sonderling, er durchschaute ihre Schwäche und nutzte sie – schamlos ist hier wohl das rechte Wort – für sich aus. So hat er Nürnberg überlebt, als Judas gewiss in den Augen der Nibelungen, als Held für die deutsche Bourgeoisie, und am Ende – und dies glaube ich sogar: ungewollt – als Regisseur für die Napoleonisierung Hitlers; denn für ihn war Hitler am Ende, was für den Faust der Mephisto. Der Vergleich hinkt in gehöriger Weise. Die edle Torheit eines Faust war nicht seine Stärke, ein Stück Mephisto steckte in ihm selbst.

Wer von uns nicht blauäugig und leichtgläubig Speers Bücher «Erinnerungen» und «Spandauer Tagebücher» gelesen hat, sondern immer zugleich den Speer zwischen 1933 und 1944 im Gedächtnis behielt – an der Seite Hitlers als schöner Jüngling in fast homoerotischem Umgang, als Generalbauinspektor Berlins mitsamt den sich nationalsozialistisch ergebenden Aufgaben der Evakuierung der Berliner Juden, als Rüstungsminister mitsamt den dazugehörigen Durchhaltereden – der kann diese Bücher nicht wörtlich genommen haben, sofern ihm noch ein Rest kritischer Vernunft geblieben war.

Schon im Motto – einem Karl-Barth-Zitat – warnt er selbst die Leser: «Jede Selbstbiographie ist ein so fragwürdiges Unternehmen, weil dabei notwendig vorausgesetzt wird, es gebe einen Stuhl, auf den einer sich setzen könne, um das eigene Leben von da aus zu betrachten . . . Der Mensch kann und soll sich wohl sehen. Überschauen kann er sich nicht einmal im je gegenwärtigen Augenblick und auch nicht im Ganzen seine Vergangenheit.»

Natürlich ist geschönt und ausgelassen worden, verfälscht – so nennt es Matthias Schmidt in seiner Entmythologisierung. Aber wir wussten längst, dass sein engster Freund aus der Studentenzeit, sein zweiter Mann bei der Karriere unter Hitler, Rudolf Wolters, dem er vom Spandauer Gefängnis aus die Herausgabe seiner Memoiren anvertraut hatte, ehe er das dann selbst in die Hand nahm und Joachim Fest zur stilistischen Kosmetik anvertraute, nach dem Erscheinen der ondulierten «Erinnerungen» dem Freund – oder war er das noch? – schrieb: «Nun sitze ich da . . . hin- und hergerissen von alten freundschaftlichen Gefühlen bis zu instinktiver Abneigung . . . ein Kriminalroman könnte nicht spannender erfunden werden.»

Sein älterer Bruder, Hermann Speer, hatte ihn um die gleiche Zeit daran erinnert, dass er doch seinerzeit ein grosser und überzeugter Antisemit gewesen sei, z. B. bei der sogenannten «Entmietungsaktion» der Berliner Juden. Man hat sich da gütlich unter Brüdern und mit Mitteln geeinigt, dass allzu familiäre Kenntnis das schöne Bild nicht verunziere.

In Matthias Schmidts Buch wird nicht klar, dass Rudolf Wolters wie Hermann Speer diesen Albert Speer der Zeit nach 1944 als Verräter an Führer und Reich attackierten.

Sollte es wirklich jemand geben, für den Speer zum Mythos wurde – wie immer er sich diesen Begriff zurecht gelegt haben mag –, dann ist die Lektüre dieses Buches nützlich zur eigenen Ernüchterung. Wer Albert Speer auf den Altar seines Herzens gestellt hat, wird das Buch übergehen aus einge-

borenem Edelsinn. Mir selbst hat es enttäuschend wenig gebracht. Für mich war er immer diese eigenartige Mischung aus Demut und Arroganz, mit der der englische Historiker Hugh Trevor-Roper nicht nur ihn, sondern eine bestimmte Schicht der deutschen Intelligenz charakterisiert hat. Der Buchtitel «Hitler in uns» ist schon vergeben, der Titel «Albert Speer in uns» sollte noch einen Autor finden.

Jean Améry schrieb drei Jahre vor seinem Freitod in der Frankfurter Rundschau vom 16. Oktober 1975 einen «Offenen Brief» an Albert Speer, per Adresse Propyläen-Verlag und unter Bezugnahme auf das persönliche KZ-Schicksal «als einstiger persönlicher Angestellter eines Betriebes der im weiteren und engeren Sinne der Ihre war – KZ-Häftling u. a. in Dora-Nordhausen». Améry schreibt am Ende dieses Briefes:

«. . . Es scheint mir, als habe keiner der einstigen Mittäter das moralische Recht, mit ergreifenden Expektorationen an die Öffentlichkeit zu treten. Sühne und Umkehr werden würdig nur in Einsamkeit vollzogen: ohne Geste an der Rampe.»

Ich gebe zu: so habe ich es auch gefühlt. Doch hat damals Erich Fried, der im Londoner Exil lebende Lyriker Améry geantwortet: «Gegen Unrecht und gegen wieder drohende Unmenschlichkeit kann man besser ankämpfen, wenn man auch gegen reumütige Bestrafte nicht zu hart ist.»

Ein Widerspruch? Am Ende, wenn wir es lange genug bedenken, hebt er sich auf in Einsamkeit *und* Reue.

Leonhard Reinisch

Kein erster Einsatz von Kernwaffen?

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat erklärt, der atomare Schirm sei durch nichts zu ersetzen und die notwendige Verstärkung der konventionellen Streitkräfte mache das Konzept der «flexible response» nicht hinfällig. Doch müsse die Schwelle des atomaren Einsatzes erhöht werden (Die Weltwoche, 4. Juni 1982).

Keinesfalls kann das heute bestehende Ungleichgewicht der konventionellen Rüstung kurz- oder mittelfristig korrigiert werden. Doch wie steht es um die Glaubwürdigkeit der Drohung eines atomaren Erstschlages? Die Überlegungen, die Heinz Albers an einen aufsehenerregenden Aufsatz von vier prominenten Amerikanern knüpft, sind Teile einer Diskussion, die weitergeht.

Eine ausführliche Stellungnahme von vier deutschen Autoren (Karl Kaiser, Georg Leber, Alois Mertes, Franz-Joseph Schulte) erscheint in Europa-Archiv vom 25. Juni 1982 und im Sommerheft von Foreign Affairs. In Europa-Archiv vom 10. Juni 1982 schreibt der deutsche Bundesminister der Verteidigung Hans Apel, der in mehreren Punkten dem Beitrag der vier Amerikaner zustimmt: «Wer ‚no first use' erwägt, muss wissen, dass er die Regionalisierung kriegerischer Auseinandersetzungen in Europa

fördert und die Trennung der Vereinigten Staaten von Europa näherrücken lässt. Und diese Sachlage verändert sich auch dann nicht fundamental, wenn es möglich sein sollte, in Europa ein konventionelles militärisches Gleichgewicht herzustellen.» *Red.*

Vier bedeutende Amerikaner haben in der Frühjahrsausgabe von *Foreign Affairs* einen vielbeachteten Artikel zum Thema *Nuclear Weapons* and the *Atlantic Alliance* publiziert, der deutsch in *Europa-Archiv* erschienen ist. Die Autoren sind Mc George Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith.

Die Autoren schlagen vor, die Atlantische Allianz *solle erklären, Kernwaffen nicht und unter keinen Umständen als erste Partei einsetzen zu wollen.*

Seit der Gründung der NATO spielt die Strategie des Einsatzes amerikanischer Kernwaffen gegen einen möglichen Einsatz russischer, konventionell bewaffneter Truppen in Europa eine zentrale Rolle im europäischen Verteidigungskonzept. Die primitiven amerikanischen Kernwaffen der vierziger Jahre wurden im Laufe der Jahrzehnte abgelöst durch immer sophistiziertere Waffen und Trägersysteme – entsprechend haben sich die strategischen Einsatzdoktrinen in lebhafter Folge abgelöst und angepasst. Wesentliches Element jeder Doktrin war aber immer der feierlich deklarierte Wille der Vereinigten Staaten, Kernwaffen zur Verteidigung gegen einen Angriff Sowjetrusslands in Europa, wenn nötig auch als erste der beiden Kriegsparteien, einzusetzen. Diese Doktrin, heute gültig in der Variante «Flexible Reaktion» (flexible response), ist nach Meinung der vier Autoren überholt.

Eine neue Verteidigungsstrategie müsste – so die Verfasser – als zentrales Element die These enthalten, dass zur Verteidigung Europas – im Falle eines Angriffes – Kernwaffen nur dann einzusetzen wären, wenn der angreifende Gegner solche seinerseits zuerst einsetzt.

Ganz im Gegensatz dazu wird heute auf der Ebene der Regierungen an der Doktrin des «flexible response» in Westeuropa festgehalten, und es besteht deshalb auch (offiziell) einigermassen Einigkeit darüber, beim «Doppelbeschluss» vom Dezember 1979 zu bleiben, d. h. moderne, mit Kernwaffen bestückte Raketen mittlerer Reichweite in Europa zu plazieren, sofern mit der Sowjetunion eine Vereinbarung über die Beschränkung solcher Waffen nicht erzielt werden kann.

In der öffentlichen Meinung verschiedener Länder Westeuropas ist aber inzwischen – im Gegensatz zur offiziellen Politik – eine tiefe Verunsicherung eingetreten; in einigen Ländern haben die Menschen plötzlich geradezu panische Angst vor einem Nuklearkrieg, man fühlt sich durch die Gegenwart der komplizierten Kernwaffensysteme beängstigt, bedroht und nicht etwa beschützt.

Der Grund ist erkennbar: Je mehr die Entwicklung der Waffentechnik in den USA und in Russland sich angeglichen hat, und je komplexer und raffinierter die Waffen- und Trägersysteme sowie die Einsatzdispositionen im Laufe der Entwicklung geworden sind, desto weniger glaubhaft ist die These, dass ein Einsatz von Kernwaffen kalibermässig und regional limitiert bleiben könne, desto

wahrscheinlicher wird die Gefahr einer katastrophalen Eskalation.

Die einzige wirkliche «Brandmauer» gegen die Gefahr einer weltweiten Katastrophe wäre nach Meinung der vier Verfasser der Grundsatz, Kernwaffen überhaupt nicht einzusetzen.

Die vier Autoren halten den Zeitpunkt für gekommen, ja für überfällig, im Rahmen der atlantischen Verteidigung neue strategische Doktrinen zu entwickeln, die den zentralen Grundsatz enthalten, Kernwaffen nicht als erste Partei einsetzen zu wollen.

Der Übergang zu einer Politik Keines Ersten Einsatzes von Kernwaffen würde einen grundsätzlichen Bruch mit einer jahrzehntealten Denkgewohnheit im politischen und militärischen Bereich bedeuten. Die Auswirkungen dieses Bruches müssten sehr sorgfältig durchstudiert werden; bei diesem Studium wären die Einflüsse auf das deutsch-amerikanische Verhältnis im Verteidigungsbündnis einer der zentralen Punkte.

Die Autoren glauben, dass das systematische Durchstudieren des aufgeworfenen Problemkreises einerseits aufzeigen wird, dass es höchste Zeit ist, eine Politik Keines Ersten Einsatzes von Kernwaffen zu installieren. Sie glauben ausserdem allerdings, dass jede Entwicklung in Richtung einer solchen Politik eine Verstärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit erfordern würde. Sie erkennen, dass es ohne weiteres möglich wäre, eine adäquate konventionelle Verteidigungsfähigkeit bereitzustellen, erkennen aber ebenso, dass hier nicht die Frage des technischen Könnens, sondern die des politischen Wollens ansteht.

Deshalb befürworten die Autoren eine breite öffentliche Debatte, nicht nur ein Studium der Regierungen hinter verschlossenen Türen. Die vier Verfasser sind überzeugt, dass eine Debatte, die alle Vor- und Nachteile einer Politik Keines Ersten Einsatzes von Kernwaffen auslotet, zur politisch breit abgestützten Überzeugung führen würde, dass die Vorteile einer solchen Politik deren Nachteile weit überwiegen und dass die Kosten der notwendigen konventionellen Nachrüstung beherrschbar bleiben und wahrscheinlich gar nicht besonders hoch sein werden.

Der wesentlichste Vorteil wäre, dass unter der Doktrin einer Politik Keines Ersten Einsatzes von Kernwaffen die Einsatzregeln für die natürlich immer noch vorhandenen Kernwaffen sehr klar wären: Da gäbe es keine ausgeklügelten Pläne, die auf die verschiedenen Stufen einer möglichen Eskalationsleiter die Dominanz über den potentiellen Gegner sichern sollen. Es gäbe nur Gegenschlag-Strategien, die die Sowjetunion auf glaubhafte Art davon abhalten müssten, ihrerseits den Ersten Einsatz von Kernwaffen zu wagen. Die nuklearen Mittel für solche Gegenschläge sind im Überfluss vorhanden – aber auch notwendig.

Ein weiterer wesentlicher Vorteil einer Politik Keines Ersten Einsatzes von Kernwaffen wäre, dass den vielschichtigen Gruppierungen von Kernwaffengegnern in Europa eine klare Politik entgegengehalten werden könnte. Diese «Friedensbewegungen» sind auf sehr unvernünftige Art aktiv: Ihre echte und berechtigte Angst vor

einem Nuklearkrieg mündet in unkluge antiamerikanische Bewegungen: «die USA wollen in Europa einen begrenzten Kernwaffenkrieg führen». Die «Friedensbewegungen» schaden dem Zusammenhalt der Allianz; sie erhöhen damit die Unsicherheit, statt die angestrebte Sicherheit zu fördern.

«The value of a ‚no-first-use policy' is first of all for the internal health of the Western Alliance itself. A posture of effective conventional balance and survivable second-strike nuclear strength is vastly better for our own peoples and governments, in a deep sense more civilized, than one that forces the serious contemplation of ‚limited' nuclear scenarios that are at once terrifying and implausible.»

Soweit der Aufsatz in *Foreign Affairs*. Nun meine Bemerkungen zu diesem Vorschlag: Die Vorschläge von Mc George Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith sind von vielen aktiven Politikern der atlantischen Allianz brüsk abgelehnt worden. Die Härte der Ablehnung verbirgt vermutlich Unsicherheit bei den verschiedenen Sprechern. Jedenfalls ist eine Ablehnung dieser Vorschläge, eine Ablehnung, diese auch nur sorgfältig diskutieren zu wollen, falsch.

Man hat Angst davor, dass bei einem ersten Einsatz von Kernwaffen bei einem russischen, konventionellen Angriff auf Europa die Eskalation nicht zu verhindern wäre. Die Angst ist berechtigt, ich teile sie. Ich habe aber ebenso Angst davor, dass im Falle eines russischen, konventionellen Angriffs auf Europa der Einsatz von Kernwaffen, auch der kleinen taktischen auf dem Gefechtsfeld, gar nicht erfolgen würde. Wenn ich mich in die Schuhe des Mannes stelle, der jeweils im Weissen Haus im Oval Office sitzt, wenn ich mir vorstelle, dass dieser Mann dann den geheimnisvollen Adjutanten mit dem unheimlichen Köfferchen kommen liesse, das man dem amerikanischen Präsidenten bis in seine Privatwohnung nachträgt, wenn ich mir vorstelle, dass der Präsident dann irgendwelche Code-Wörter eintippen oder sprechen muss, um den Einsatz der ersten Kernwaffe freizugeben, dann kann ich mir auch sehr gut vorstellen, dass er, eben wegen der Angst vor der Eskalation, das dann eben doch *nicht* tut. Das wäre dann keine nukleare, aber eine andere Katastrophe für Europa: Das Verlassensein vom beschützenden, grossen Allianzpartner, die Niederlage, die Kapitulation. Das wäre dann das Überranntwerden von Europa wie 1939 – 1941, nur womöglich noch schlimmer; das wäre für ganz Europa das Schweigen des polnischen Winters 1981/82, das Deportiert- und Ermordetwerden unserer geistigen und politischen Eliten.

Also: Wenn man gleichzeitig Angst hat vor dem Ersten Einsatz von Kernwaffen (wegen der möglichen Eskalation) und vor deren Nicht-Einsatz (wegen der dann unverteidigten Blösse), dann kann etwas Grundsätzliches nicht stimmen. Ich glaube schon seit Jahren *nicht* an den Ersten Einsatz, nicht einmal auf der Ebene der taktischen Waffen: Man wird davor zurückschrecken. Im Konzept der Verteidigung mit Kernwaffen gegen russische konventionelle Panzerdivisionen steckt ein Wurm: Das Konzept ist nicht (mehr) glaubhaft.

Andererseits gilt ja wohl unzweifelhaft, dass nur der Bewaffnete, Ver-

teidigungsfähige – einigermassen – sicher ist. Mit einseitiger Abrüstung ist nichts auszurichten. Man wird erpressbar. Viele haben die dreissiger Jahre unbegreiflicherweise vergessen. Damals wurde die Freiheit und Würde Europas das Opfer der Naivität und des Ungerüstetseins seiner Völker.

Der Zweite Weltkrieg ist nicht ausgebrochen, weil Chamberlain und Daladier in München vor Hitler kapituliert haben, sondern diese Herren mussten vor Hitler kapitulieren, weil die Völker, die sie regierten, den politischen Entschluss, die technisch nötige und mögliche Aufrüstung vorzunehmen, nicht – oder nicht rechtzeitig – fassen wollten.

Also: Wenn *erstens* die nukleare Abschreckung nicht funktioniert, weil «limited nuclear scenarios» nicht nur «terrifying and implausible» sind, wie die vier Autoren schreiben, sondern weil die Abschreckung, wie ich meine, gar nicht glaubhaft ist, und wenn *zweitens* die einseitige Abrüstung naiv und lebens- und freiheitsgefährdend ist, *was dann?*

Das einzige, was – wie mir scheint – glaubhaft ist, ist eine konventionelle Rüstung, die so gut ist, dass sie genügend Abschreckungskraft hat. Eine solche Rüstung wäre technisch möglich, wenn man sie politisch wollte. Westeuropa braucht eine hochmoderne Panzerabwehr, die es gestatten würde, anrückende russische Panzer der Reihe nach abzuschiessen.

Die grosse Gefahr der vor uns liegenden Jahre liegt in der fortschreitenden Destabilisierung des internationalen und politischen Systems, das uns bald vier Jahrzehnte «Frieden» gegeben hat.

Ein paar Stichworte zur Andeutung der schlimmsten Destabilisierungselemente: Der Mittlere Osten, die Energiepreise (sogar sinkende Ölpreise!), Afghanistan, Iran, die unklare politische Situation in der Bundesrepublik, Polen, Libyen, Mittelamerika, neuerdings der Südatlantik, die Rezession in den Industriestaaten, die Wirtschaftssituation im Ostblock, die Probleme des Kartenhauses der internationalen Kreditsituation, die Führungskrise in der Sowjetunion. Dass in einer so destabilisierten Welt irgendwann, irgendwo, irgendjemand die Nerven verliert oder falsch kalkuliert, ist nicht auszuschliessen.

Schlussfolgerung: Westeuropa sollte sich bereithalten zur Verteidigung gegen den in diesem Erdteil einzig denkbaren Gegner: die Sowjetunion. Und zwar konventionell glaubhaft gerüstet bereithalten.

Der Vorschlag von Mc George Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith ist zu gut, um einfach brüsk und unwirsch beiseite geschoben zu werden, wie es getan worden ist. Es würde mich nicht wundern, wenn man in Kürze auf die Sache zurückkäme.

Heinz Albers

Erhellungen über Ojukwu

Fünfzehn Jahre nachdem Odumegwu Ojukwu als militärischer Befehlshaber der Ostregion Nigeriens die Erhebung der Ibo zur Errichtung der unabhängigen Republik Biafra einleitete, hat Nigeriens Präsident Shehu Shagari dem Exilierten die Heimkehr gestattet. Damit gewinnt die Erinnerung an jenen Bürgerkrieg neue Aktualität. Renato Berger hat die Literatur zum Biafrakrieg kritisch gesichtet.

Ende 1980 erschienen fast zu gleicher Zeit zwei Bücher im englischsprachigen Bereich zum Thema Biafra und zum nigerianischen Bürgerkrieg, welcher damals die ganze Welt beschäftigte. Das eine Buch, «The Nigerian Revolution and the Biafran War», stammt vom damaligen Befehlshaber der biafranischen Armee, Major General *Alexander Madiebo*[1], das andere, «My Command», verfasste General *Olusegun Obasanjo*[2], bis vor kurzem Staatsoberhaupt der Nigerianischen Föderation.

Beide Bücher, von Nigerianern verfasst, die von allem Anfang an der Quelle des Geschehens gestanden haben und daran aktiv beteiligt gewesen sind, zeigen das geplante Biafra sowie dessen Schöpfer, Oberstleutnant *Ojukwu,* in einem völlig neuen Licht. Die ganze Welt hatte damals geglaubt, dass das Volk der Ibo ausgerottet werden sollte, also Völkermord, und dass die Mohammedaner sich gegen die christlichen Ibo wendeten, also Religionskrieg. Dazu gesellte sich eine Ansicht, die für den Westen am plausibelsten war: bei der ganzen Angelegenheit handle es sich lediglich um das Öl, welches in Nigeria in einer Fülle fliesst, die es zum achtgrössten Produzenten der Welt und zum zweitgrössten Afrikas gemacht hat. Aus beiden Büchern dieser höchst kompetenten Autoren geht eines klar hervor: dass die Schaffung Biafras und der damit verbundene Krieg nichts anderes war als die Usurpierung einer anfänglich guten Sache, nämlich die Erneuerung der in Korruption und Misswirtschaft erstickenden nigerianischen Nation, die durch den ehrgeizigen, machtbesessenen biafranischen Führer Ojukwu zu seinen persönlichen Zielen missbraucht worden war.

Was aber trug sich in Biafra wirklich zu?

Was die Welt als erstes entsetzte, waren die Massaker zwischen Haussa und Ibo, deren Anzahl an Opfern in der Berichterstattung von 5000 bis zu Zahlen schwankte, die höher lagen als die gesamte Ibo-Bevölkerung. Dieser aufflammende Hass, welcher seit Bestehen Nigerias immer schwelte, führt auf einen der Hauptgründe des Konflikts: der Nord-Süd-Gegensatz. Er geht auf das Einströmen der nordisch-musulmanischen Fulbe in das Land der südlichen Yoruba zurück, das Vordringen der islamischen Emirate, welche sich bis nach Onitsha im Osten Nigerias vordrängten, die Yoruba- und Ibo-Bevölkerung vertrieben und ständig Kriege entfachten, welchen erst durch die Pax Britannica ein Ende gesetzt worden ist[3]. Diese Ereignisse pflanzten in den im Gegensatz zu den Yoruba des Westens weniger zahlreichen Ibo des Ostens eine Furcht

vor den nordisch-musulmanischen Haussa-Fulba ein. Die äusserst intelligenten, dynamischen und cleveren Ibo nahmen im Norden bereits vor dem Konflikt im Westen wichtige Posten ein, vor allem an Universität, Administration, Post und Bahn. Obwohl sie in den «sabon gari», den Fremdenquartieren ausserhalb der Stadtmauern wohnten, kontrollierten sie einen Teil des Handels und besassen Macht. Die daraus entstehenden Spannungen wurden erhöht durch das Einströmen der Ibo aus ihrer völlig übervölkerten Ostregion in den Norden, schon bald nach Einbruch der Missionierung und Kolonisierung Nigerias. Auch die Stammesstruktur wirkte sich verhängnisvoll aus. Die Yoruba besassen ein differenziertes, hierarchisch durchgegliedertes Sozialgefüge und eine ebenso hochstehende Religion; sie kannten Häuptlinge, Ober-Häuptlinge, Priester, Ober-Priester und Könige an der Spitze, ebenso die Haussa-Fulani mit ihrer weltweit respektierten Religion des Islam, mit Notabeln, Emiren, einem Sultan als geistliches Oberhaupt. Dagegen hört die Sozialstruktur der Ibo beim Dorfältesten auf, kennt weder Häuptlinge noch Könige und auch nicht den Pomp religiöser Feste, wie er in Yorubaland und im Norden üblich ist. Diese Strukturen verschafften Nordener und Westener ein Selbstgefühl, ja der Überheblichkeit, während die Ibo sich aufgrund der gewissen Schäbigkeit ihrer Strukturen einer Christianisierung und Europäisierung bereitwillig öffneten und sich zivilisatorisch rasch anpassten und erfolgreich wurden, vor allem gegenüber einer nordischen Bevölkerung, deren Bildung zurückgeblieben war. Dieses verhängnisvolle Legat wiederum ging auf eines der geschickten Arrangements der «perfiden Albion» zurück: es hatte dem Norden abgehandelt, von einer Missionierung abzusehen, wenn er ungeteilt bliebe, in der berechtigten Annahme, dass ein so riesiger Norden ungeteilt und rückständig besser zu beherrschen sei.

Militär-Coups und Massaker

Das erste sichtbare und nicht mehr hinwegzuleugnende Aufflammen des Konflikts geschah durch den ersten Coup vom 15. Januar 1966 durch eine Reihe junger Offiziere unter Anführung von Major *Chukwuma Nzeogwu,* der aus dem Mittelwesten stammte, d. h. weder Ibo, Yoruba noch Haussa war. Der Auflehnung lag die Beseitigung von Korruption und Missregierung zugrunde, die in Nigeria bereits sprichwörtlich war. Wer Ende 1965, vor den Wahlen, in Nigeria weilte, konnte erleben, dass das Volk auf den Strassen einer Yoruba-Kleinstadt plötzlich erschreckt auseinanderstob: riesige Lastwagen voller «party thugs», von angeheuerten Rowdies mit Schiessgewehren fuhren durch die Gegend auf der Jagd nach Gegnern der sie heuernden Partei. Angezündete Häuser, Verschleppungen, Morde waren an der Tagesordnung, auch Klagen in Presse, Radio, wo immer man sich mit Politik beschäftigte, nahmen den Ton von Lamentos an. Nach Ermordung der Regierungs-Oberhäupter, des Sardauna von *Sokoto,* von Sir *Abubakar Tafawa Balewa* sowie des korrupten Finanzministers Chief *Festus Okotie-Eboh,* atmete die Nation für kurze Zeit auf,

doch die Hoffnung erwies sich als trügerisch. Nach einer Folge von Konspirationen, welche die Armee zu spalten drohte, gelangte General Major *Aguiyi-Ironsi,* ein Ibo, an die Macht. Dieser Akt war Zeichen und Fanal für alle Nicht-Ibo: dass nun die Ibo an die Macht gelangten und dass sich damit verwirklichen würde, was *Nnamdi Azikiwe,* Premier der Ostregion, durch seine Schriften seit langem vorbereitet hatte und vorwärtstrug: die Idee eines auf sprachliche und ethnische Fakten gegründeten Ibo-Staates, eine Idee, die von prophetischen Worten begleitet war:

«Es scheint, dass Gott das Ibo-Volk auf Grund seines heissen Lebenswillens dazu erwählt hat, Verfolgungen zu erdulden und zu leiden. Da Leiden das Los unseres Stammes ist, können wir es uns leisten, für die endliche Auferstehung der Kinder Afrikas geopfert zu werden.» [4]

Es ist anzunehmen, dass der hellhörige Ojukwu, welcher bereits während seiner Ausbildungszeit als Offizier in Sandhurst des öfteren geprahlt hatte, er werde dereinst ganz Nigeria regieren, von diesen Zeilen inspiriert worden ist. Und wahrlich: Leiden hat er seinem Volk beschert, doch die von Azikiwe prophezeite Erwählung blieb er ihm ebenso schuldig, wie der sich messianisch gebärdende Azikiwe es tat. Die sogenannten kleinen Massaker gingen aus einer von der nördlichen Aristokratie und konservativen Politikern gesteuerten Demonstration gegen die Regierung General Ironsis hervor sowie aus der Abneigung des Volkes gegen eine Ibo-Domination. Auf diese Demonstration wusste General Ironsi keine bessere Antwort als der formaljuristisch noch bestehenden nigerianischen Föderation den Hals umzudrehen durch Proklamation eines Einheits-Staates, eine Aktion, die auch für die bisher Gutgläubigen der Bestätigung gleichkam, dass der Tag der Ibo-Herrschaft angebrochen sei. Wenn bei den kleinen Massakern «nur» etwa 500 Ibo den Tod gefunden hatten, traten nun Zahlen zwischen 2000 bis zu 100 000 auf den Plan. Neben dieser Schockreaktion der nördlichen Bevölkerung wurde Rache an der Arroganz der Ibo geübt: sofort nach Ironsis Machtübernahme zirkulierten Postkarten mit einem Ibo-Stiefel, der sich auf das Haupt des Sardauna von Sokoto setzt sowie Ausrufe wie: «Ihr dreckigen Haussa, nun werdet ihr sehen, wer im Norden Meister ist!» Ein Coup aus der Armee selber tötete Ironsi, welcher durch General *Yakubu Gowon* ersetzt wurde. General Gowon aus dem kleinen Stamme der Angas, d.h. weder Haussa noch Yoruba, rettete die Föderation und schuf, die Vorherrschaft der drei grossen Stämme brechend, das damals zwölf Staaten umfassende Nigeria.

An dieser Nahtstelle der Ablösung Ironsis durch Gowon tritt der Gouverneur der östlichen Provinz, *Chukwuemeka Odumegwu Ojukwu* auf den Plan. Die Geschehnisse genau verfolgend, hatte er die Ibo während der grossen Massaker aufgefordert, in den Norden zurückzukehren, da er den nicht versiegenden Flüchtlingsstrom der Ibo in den Osten nicht zu bewältigen imstande war. Angesichts der Zunahme an Flüchtlingen und an Grausamkeiten protestiert er und verlangt von der Föderation Wiedergutmachung (sie erfolgte später mit sechs Millionen D-Mark). Zugleich setzt er

es sich zur Aufgabe, sich dem Schicksal seines Volkes anzunehmen, zuerst aus dem Gefühl menschlich-politischer Verantwortung heraus, dann, unter dem Druck der Ereignisse, mehr und mehr im Zeichen einer ganz persönlichen Machtpolitik. Als erster Schritt in dieser Richtung erkennt er die Regierung General Gowons nicht an, mit einigem Recht, denn Nachfolger Ironsis wäre Brigadier *Ogundipe* gewesen, doch dieser war im Schreck nach England geflüchtet, weshalb Gowon, dem Zerfall der Föderation zuvorkommend, in die Bresche sprang. In den Diskussionen um den künftigen Status Nigerias klang wie ein Donnergrollen bereits die Drohung Ojukwus nach Sezession der Ostregion durch. Weiterer Grund des Streites waren – wie sollte es anders sein – die Finanzen, nämlich die Verteilung der Einnahmen der Föderation. Ojukwu fordert von der Regierung zusätzlich zur Wiedergutmachung, dass die Einkünfte des Ostens in der Region verbleiben, anstatt dass sie, wie bisher, von Beamten der Bundesregierung kassiert und nach Lagos überführt würden. Als Gowon darauf nicht eingeht, erklärt Ojukwu eine partielle Unabhängigkeit durch Übernahme von Bergbau, Rundfunk, Post-/Fernmeldewesen, Elektrizität, Luftfahrt und Schiffahrtswesen. Darauf ruft Gowon den Ausnahmezustand aus, und als Echo tönt von seiten Ojukwus am 30. Mai 1967 die Ausrufung der Unabhängigkeit der Republik Biafra. Die Blockade, die Gowon darauf über alle Häfen der Ostregion verhängen lässt, blockiert zugleich sämtliche Schritte der Vernunft: am 7. Juli 1967 bricht aus, was anstelle des garstigen Wortes Krieg als bewaffneter Konflikt bezeichnet wird.

Die Minderheiten-Stämme

Was eine in den Mythos des Völkermordes und des Religionskriegs festgekrampfte Berichterstattung in die Irre führte und was sie bis zum Schluss des Krieges nicht zur Kenntnis nehmen wollte, war die Tatsache, dass die von Ojukwu als Biafra ausgerufene Republik sich keineswegs mit dem Osten Nigerias deckte, sondern dass der gesamte Osten sich aus etwa 7 Millionen Ibo und etwa 5 Millionen Angehöriger der Minderheitenstämme zusammensetzt. Innerhalb des östlichen Gesamtgebiets stellt Iboland eine Enklave dar und reicht nicht ans Meer. Port Harcourt, wo sich die wichtigste Ölraffinerie befindet, gehört zum Gebiet der Ibibio; bereits als der Handel mit Palmöl einsetzte, strömten die Ibo nach Port Harcourt, und nachdem sich die Erdölindustrie in Gang setzte, wurde die Hafenstadt innerhalb kurzer Zeit zu einer Stadt mit mehrheitlicher Ibo-Bevölkerung. Das berühmte Öl, welches den Boom in Gang setzte, liegt nicht im Ibo-Herzland, dort lediglich 2,8 % der gesamten Produktion, sondern im Minderheitengebiet. Diese Tatsache war General Ojukwu, wie er sich nach der Unabhängigkeitserklärung nannte, natürlich genau bekannt, und eine seiner ersten Amtshandlungen als Führer von Biafra ging denn auch dahin, im Mittelwesten Nigerias einzumarschieren sowie in einem Gebiet von Yorubaland, der Provinz Owo, welche ebenfalls ölhaltig war. Diese Minderheitenstämme der Ibibio,

Efik, Ijaw, Boki, Kalabari waren den Ibo gegenüber stark benachteiligt schon durch die politische Situation: da die Ibo mit dem Norden eine Koalition eingegangen waren, konnten sie sich durch ihre Vertretung im Parlament sämtliche zivilisatorischen Vorteile sichern, während die Minderheiten rückständig blieben, und dies zu einem Grad, dass die im Norden lebenden Angehörigen von Minderheitenstämmen während der Massaker lieber dort blieben, als in ihre Heimat zurückzufliehen, die unter Ibo-Herrschaft zu geraten in Gefahr stand. Diese Minderheiten für sich zu gewinnen, musste daher Ojukwus nächstes und dringlichstes Ziel sein, und damit sowie mit sämtlichen Schritten zur Propagierung und Verwirklichung des proklamierten Biafra nimmt Ojukwu langsam Züge an als eine Gestalt, deren Charakterbild in der Geschichte schwankt. Kronzeuge des Schattens von Ojukwu ist Dr. *B. Graham-Douglas,* ehemaliger Generalstaatsanwalt der Ostregion. Zu Beginn des Krieges verfasste er eine Dokumentation, «Ojukwus Rebellion und die Weltmeinung».[5] Ojukwu hatte damals von Dr. Graham-Douglas verlangt, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die «rivers people», wie die meist am Ufer des Nigers lebenden Minderheiten genannt wurden, für Biafra zu gewinnen. Als Antwort hatte Dr. Graham-Douglas Ojukwu einige Fakten vorgelegt, wie die Aufdeckung eines Plans, welcher die systematische Ausrottung sämtlicher nicht Biafrafreundlicher Persönlichkeiten des geplanten Rivers- und Südost-Staates vorsah; pogromartige Ausschreitungen in Form von Zerstörung von deren Häusern und Besitztümern hatte bereits eingesetzt. Zu diesem Auftakt kamen später Hinrichtungen ohne Gerichtsverhandlung, Erschiessungen, Verschleppung von Tausenden von Menschen aus den Minderheitengebieten ins Ibo-Hinterland sowie die Ausrottung ganzer Dörfer hinzu. Ein Sport der frischgebackenen Angehörigen der biafranischen Armee bestand darin, die in ihren Barken abends vom Fischfang zurückkehrenden «rivers people» vom Land aus abzuschiessen, so dass der Niger zeitweise rot war von Blut. Die Schilderung dieser Greuel hätten auf Ojukwu nicht den mindesten Eindruck gemacht, so schreibt Graham-Douglas, im Gegenteil, er liess Dr. Graham, der zu den meistgeachteten Persönlichkeiten der nigerianischen Politik gehörte, verhaften und nach dem Gefängnis von Port Harcourt bringen. Ein anderes Zeugnis einer damals völlig gleichgeschalteten und von der biafranischen Propaganda sowie den Interessengruppen manipulierten Presse gibt der Journalist *Kennedy Lindsay*. In seinem Artikel «Tradition und Hunger in Biafra» legt er dar, dass die erschütterndsten Hungerbilder, wie sie monatelang die Presse zierten, aus einem Lager stammten, welches keine Ibo barg, wie berichtet wurde, sondern Ibibio. Ungleich den Ibo, welche nach ihrer Stammessitte jederzeit bei jeder Familie Unterschlupf und Essen finden konnten, waren die Angehörigen der Minderheiten ganz auf sich selbst gestellt. Alte Leute, Kinder, Frauen, deren Männer gleich zu Anfang des Krieges zu den Bundestruppen übergelaufen waren, d. h. Nicht-Ibo, fanden anfangs der Hungerkatastrophe im Flüchtlingslager von Nwanza Zuflucht, etwa 50 Meilen

von Umuahia, der damaligen Hauptstadt Biafras, und dorthin wurden die ausländischen Photoreporter geführt. Die Situation einer von Männern fast gänzlich entleerten Minderheitengegend bewirkte zusätzlich, dass die Biafraner ganze Distrikte leicht erobern konnten, und auf diese Art wurden die Minderheitengebiete, auch durch Verschleppung der Bevölkerung, für eine einzuwandernde Ibo-Bevölkerung geleert.

Berichterstattung im Ausland

Namhafte Persönlichkeiten der nigerianischen Universitäten haben sich damals in Zuschriften an die Weltpresse für eine Information eingesetzt, deren Verbreitung hätte bewirken können, dass der Krieg beendet, die Hungersnot abgekürzt und das kostspielige Abenteuer Biafra beendet worden wäre, ohne jene Schrecken, wie zur Zeit, als der ehemalige General Ojukwu sich mit Familie und weissem Mercedes an Bord eines Flugzeuges begab, aus welchem auf seinen Befehl zuvor hungernde Kinder ausgeladen worden waren. Prof. *Robin Horton,* weltberühmter Anthropologe, welcher durch seine Verheiratung mit einem Mädchen aus dem Stamme der Kalabari gründliche Kenntnis über die dortige Situation besass, beschwor die englische Regierung von allem Anfang des Krieges, die Föderation zu stützen, damit einem Experiment ein Ende bereitet würde, welches nicht allein das Verderben der Minderheitenstämme zur Folge hätte, sondern der gesamten Föderation. Der amerikanische Linguist Prof. *Robert Armstrong* rief ebenfalls zur militärischen Unterstützung der Föderation auf, damit deren Zerfall durch eine Niederlage Ojukwus aufgehalten werde und damit eine Katastrophe für das gesamte Land. Die ausländische Situation war damals: ein punkto Waffenlieferungen säumiges England, obwohl Nigeria sein Lieblingskind unter den vormaligen Kolonien war; ein Frankreich, welches Ojukwu mit Waffen unterstützte, nachdem dieser vor der Konferenz von Aburi bereits am Boden lag; die Sowjets stellten sich eindeutig hinter die Föderation, und China, mehr aus Protest gegen die Sowjetunion denn aus Überzeugung, unterstützte das pro-biafranische Frankreich, womit der berühmte Ost-West-Gegensatz, wenigstens in der Sache Biafra, «ad absurdum» geführt war. Die USA in ihrer Rolle als vermittelnde Weltmacht lieferte Waffen auf beide Seiten, nach politischen Erwägungen, die schwer auszumachen sind. Die Haltung Deutschlands geht hervor aus einem Artikel von Prof. *Willfried Feuser,* damals Universität von Ibadan, und zwar erschien er in einer Provinzzeitung, nachdem er von den namhaften deutschen Blättern zurückgewiesen worden war. Feuser legt dar, dass das Einigungswerk Gowons durch eine von der Biafra-Lobby aufgeputschten Weltmeinung erschwert wurde und dass Ojukwu in seiner tragischen Verblendung für die Hungerkrise verantwortlich sei. Als er sah, dass seine biafranische Armee und sein Volk den Krieg nicht gewinnen konnten, drohte er mit dem «Massenselbstmord» seiner Landsleute – «ein gigantisches Erpressungsmanöver, um die Anerkennung seiner zusammengeschmolzenen Republik durch die Hintertür zu er-

zwingen.» Die gesamte deutsche Presse schloss sich der Biafra-Hysterie an, sicher nicht zuletzt vom Wunsch beseelt, nicht nochmals einem Völkermord zuzusehen, sondern hier nachzuholen, was damals versäumt worden war. Auch die Schweiz ignorierte den Einsatz einzelner, über die wahre Sachlage orientierter Persönlichkeiten; zu sehr lockten die Geschäfte mit dem künftigen Ölland Biafra, wie man es in den Wirtschaftsteilen der verschiedenen Gazetten las [6].

Wie immer und überall, wo sich hohe Politik abspielt, ging es interessemässig durcheinander, oft undurchschaubar, oft nur allzuklar: eine Interessen-Verknäuelung, die das geschundene Ostvolk zusätzlich zu seinem Imperator in die Zange nahm, nach der Devise: für uns das Öl, für die Afrikaner das Blut.

«Wie man die Details immer sehen mag, spannt sich ein weiter Bogen von dem Tag, da sich die Schiffe der portugiesischen Seefahrer durch die Mangroven des Deltas der westafrikanischen Küste einen Zugang zum Festland erkämpften und dort den Sklavenhandel errichteten, bis heute, da die afrikanischen, unabhängigen Bewohner des Deltas die Leichen ihrer eigenen Leute mit langen Stangen freistossen, wenn sie sich in den Mangroven verfangen, so dass Stauungen entstehen. Vielleicht ist das Bild kennzeichnend dafür, dass in der Geschichte, wie bei einem Glücks- und Unglücksrad, die Geschehnisse sich gleichbleiben und nur die Konstellation sich verändert sowie die Figuren, die beteiligt sind.»

So schliesst das Kapitel «Das Biafra-Abenteuer» aus dem Buch «Nigeria – was es wollte, was es war, was es sein könnte» [7], und ähnliche Sätze könnten nach jeder der Katastrophen stehen, die seither mit ähnlichem Grausen über die Weltbühne gegangen sind, ob Sudan, Uganda, Zentralafrika, vielleicht bald Simbabwe, Südafrika. Der Einzelne fühlt sich machtlos, selbst ganze Gruppen, Parteien, Organisationen kämpfen den Kampf gegen eine sich kriminalisierende Unvernunft umsonst. Wenigstens etwas könnte einiges bewirken: exakte, objektive Information. Der Einblick in die Berichterstattung um Biafra evoziert die Frage, ob sich seit den Zeiten der Buschtrommel so viel verändert hat.

Renato Berger

[1] Major General Alexander Madiebo, «The Nigerian Revolution and the Biafran War» – Fourth Dimension Publishers, Enugu 1980. – [2] General Olusegun Obasanjo, «My Command» – Heinemann Educational Books, London 1980. – [3] Herbert Kaufmann, «Nigeria» – Kurt Schroeder, Bonn 1962. – [4] «Zik», A Selection from the Speeches of Nnamdi Azikiwe – Cambridge University Press 1961. – [5] Dr. Nabo B. Graham-Douglas, «Ojukwu's Rebellion und die Weltmeinung» – Informationsabteilung der Botschaft der Bundesrepublik Nigeria, Bonn. – [6] «Alles über Biafra?» – Dokumentation über den biafranischen Konflikt, herausgegeben von Renato Berger und Willfried Feuser – Monoprint, München 1966. – [7] Renato Berger, «Nigeria, was es wollte, was es war, was es sein könnte» – Monoprint, München 1966.

Die Südostflanke der NATO – Fiktion oder Wirklichkeit?

Mitte Mai dieses Jahres hat der amerikanische Aussenminister Alexander Haig Ankara und Athen offiziell besucht. Der Gast aus den USA betonte zwar anlässlich seiner Reise, dass er nicht als Vermittler zwischen der Türkei und Hellas fungiere. Doch stand seine Visite in den beiden Ländern offensichtlich im Zeichen der Bemühungen Washingtons, die seit 1974 brachliegende, aber schon zuvor arg strapazierte Südostflanke der NATO zu reaktivieren.

In Ankara fand der Abgesandte Washingtons bequeme Gesprächspartner. Die autoritär regierenden türkischen Militärs, deren innenpolitischer Kurs in den freiheitlichen Demokratien Europas auf zunehmende Kritik stösst, gaben sich gegenüber ihrem amerikanischen Gast als «überzeugte und konsequente Verbündete des Westens». Haig denkt vor allem in strategisch-geopolitischen Dimensionen. In bezug auf Rechtsdiktaturen pflegt er deshalb den ethisch-ideologischen Aspekt der Respektierung der Menschenrechte bzw. der Hochachtung der Freiheit, die immer auch Freiheit der Andersdenkenden ist, hinunterzuspielen. Es fiel dem einstigen Oberkommandierenden der NATO daher nicht schwer, gleich bei seiner Ankunft in Ankara die Türkei als einen «unersetzlichen Verbündeten» Amerikas und überhaupt des Westens zu bezeichnen. Nach seinen Gesprächen mit dem «starken Mann» des die effektive Macht innehabenden Nationalen Sicherheitsrates General Evren und anderen Repräsentanten des Regimes würdigte der amerikanische Aussenminister die «Redemokratisierungsbemühungen» der Militärs positiv. Wie man aus früheren Äusserungen Haigs weiss, begründet er seine positive Einstellung gegenüber den heutigen Machthabern in der Türkei mit der an und für sich durchaus zutreffenden Feststellung, dass die vor der Errichtung des türkischen Militärregimes bestandene «parlamentarische Demokratie» alles andere als ideal war.

In Athen wurde Haig mit antiatlantischen Kundgebungen empfangen, die allerdings nicht von der einst im Zuge der oppositionellen Agitation betont neutralistisch orientierten, seit ihrem Wahlsieg vom 18. Oktober 1981 aber trotz allen Wenn und Aber pragmatisch operierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok) Andreas Papandreous organisiert wurden. Der Slogan «Haig go home!», der auf vielen Athener Mauern zu lesen war, war mit roter und nicht mit grüner Farbe geschrieben. Es waren also die von Charilaos Florakis angeführte «orthodoxe» KP Griechenlands (KKE) und andere, kleinere linksradikale politische Formationen, die ihrem «Zorn» über den «unerwünschten Besuch» des «Repräsentanten des USA-Imperialismus» zum Ausdruck brachten. Die «Grüngardisten» – so nennen die Aussenstehenden in Griechenland die militanten Mitglieder der Pasok – verhielten sich gegenüber dem amerikanischen Gast brav und erstaunlich «konformistisch». Papandreou, der als Oppositionsführer den seinerzeitigen Regierungschef Konstantinos Karamanlis bzw. Georgios Rallis der «Unterwerfung unter das Diktat Washingtons» zu

bezichtigen pflegte, gab sich während der Visite Haigs betont staatsmännisch. Die konziliante Haltung des Pasok-Führers, eines im zwischenmenschlichen Verkehr beeindruckenden «Charmeurs», scheint Haig angenehm überrascht zu haben. Der Aussenminister der USA hatte sich das enfant terrible der Atlantischen Allianz wohl kaum so vorgestellt.

Pasoks Abkehr vom Neutralismus

Im Dezember 1981 schrieb der Verfasser dieser Zeilen an dieser Stelle hinsichtlich der Diplomatie der sozialistischen Regierung Griechenlands: «Positiv ist zu werten, dass Papandreou, zumindest vorläufig, zu erkennen gibt, dass er das Land aussenpolitisch (NATO, Zypern, USA-Basen, EG) in keine Abenteuer stürzen werde.» [1] In den seither vergangenen Monaten hat sich der schon in den ersten Tagen nach dem Wahltriumph vom 18. Oktober 1981 zu beobachtende Pragmatismus des Pasok-Führers sichtlich verstärkt.

Das sozialistische Hellas ist aus der militärischen Organisation der NATO, in die die Regierung Rallis das Land zurückgeführt hat [2], nicht ausgetreten. Es macht, selbst nach dem am 18. Mai dieses Jahres erfolgten Bruch mit der Tradition des sogenannten Luxemburger Kompromisses von 1966, also nach der Infragestellung des «Vetorechtes», das nach Ansicht Papandreous die «Kleinen» der Gemeinschaft schützt, keine Anstalten, die Brüsseler Organisation (im einstigen Jargon der Pasok: das «Zentrum des europäischen Monopolkapitalismus») zu verlassen. An eine unilaterale und baldige Realisierung des früheren Schlagworts seiner Bewegung «Weg mit den amerikanischen Basen» denkt Papandreou «angesichts der Konstellation der internationalen Kräfte» nicht. Im Mai dieses Jahres hiess das griechische Parlament den Beitritt Spaniens zur NATO gut, wobei Pasok-Abgeordnete und konservative Neodemokraten dafür, die Kommunisten dagegen stimmten. Im gleichen Monat erklärte sich Athen sogar bereit, ein hellenisches Kriegsschiff an NATO-Manövern im Mittelmeer teilnehmen zu lassen, machte diesen Beschluss allerdings (nicht zuletzt wohl unter Rücksichtnahme auf negative Reaktionen der extremen Linken, aber auch der Rechten) unter Berufung auf «Verletzungen des hellenischen Luftraums in der Ägäis seitens der Türkei» wieder rückgängig.

Die Pasok bzw. ihre Vorgängerin in der Zeit der Athener Militärdiktatur, die Widerstandsorganisation PAK, war bei ihrer Gründung als eine sich bewusst von der westeuropäischen Sozialdemokratie unterscheidende Bewegung konzipiert, die sich mit «sozialrevolutionären» politischen Formationen der Dritten Welt verwandt fühlte. Diese Konzeption spukt zwar heute noch in den Köpfen bestimmter marxistischer oder neomarxistischer Pasok-Doktrinäre. Doch die Pasok-Regierung ist im Augenblick weit davon entfernt, derartige Vorstellungen realisieren zu wollen. Einst schienen Andreas Papandreou und seine Gefährten vom Libyen Gaddafis begeistert, und in Pasok-Kreisen pflegte man das libysche Regime mit der «attischen Volksherrschaft» zu vergleichen! Der für dieses Frühjahr geplante Griechenlandbesuch des libyschen «Vorkämpfers gegen den Imperialismus» fiel jedoch letzten En-

des teils wegen protokollarischer Streitigkeiten, teils aber auch wegen der Abkehr der Pasok vom Neutralismus ins Wasser. Das Wort «Selbstverwaltung» hatte für die Pasok-Anhänger einmal eine geradezu magische Anziehungskraft, und Papandreou sowie seine Ideologen sparten nicht mit Lob für das sogenannte jugoslawische Modell. Als sich aber Papandreou Ende Mai dieses Jahres mit der jugoslawischen Ministerpräsidentin Milka Planinc traf, war er bemüht, ideologischen «Gemeinsamkeiten» im aussen- und innenpolitischen Sektor aus dem Weg zu gehen. Die «Ostpolitik» der Pasok unterscheidet sich nicht viel von der seinerzeitigen Karamanlis'.

Nicht überwundener Antagonismus

Heisst nun all das, dass man angesichts des guten Einvernehmens Washingtons mit Ankara und der «proatlantischen» Wende Papandreous mit einer Verstärkung der NATO-Südflanke rechnen kann? Eine solche Schlussfolgerung wäre zumindest verfrüht. Der Führer der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung bleibt für den Westen trotz der Diskrepanz zwischen seinen einstigen Losungen und seiner jetzigen Diplomatie ein unbequemer Partner. Papandreou will die in Hellas existierenden amerikanischen Militärstützpunkte bzw. das Verbleiben Athens im NATO-Gefüge als Trumpf benützen, um amerikanische bzw. atlantische Gegenleistungen im griechisch-türkischen Antagonismus zu erzielen. Seine Strategie lässt sich etwa folgendermassen beschreiben: Wir sind bereit, unter gewissen Bedingungen und für eine gewisse Zeit die USA-Basen auf unserem Boden zu tolerieren. Auch über unser Verbleiben in der NATO lässt sich reden. Doch Washington bzw. die Allianz muss uns vor dem «türkischen Expansionismus» schützen und unsere Anliegen in der Ägäis und auf Zypern unterstützen. Papandreou verlangte bis vor kurzem von den USA bzw. von der NATO die Abgabe einer die Ostgrenzen Griechenlands garantierenden Erklärung, liess allerdings anlässlich des Bonner NATO-Gipfels diese Forderung fallen. Die Amerikaner hatten sich gegen die Erfüllung dieses Wunsches gesträubt, um den «unersetzlichen Verbündeten», Ankara, nicht zu brüskieren.

Die Emotionen dies- und jenseits der Ägäis sind weiterhin da. Zwar solidarisiert sich mancher Grieche mit den Gegnern des türkischen Militärregimes. Dem oppositionellen türkischen Filmregisseur Yilmaz Güney wurde vor einiger Zeit in Hellas ein herzlicher Empfang bereitet. Doch derartige Zeichen «hellenisch-türkischer Verbrüderung» fassen leider nicht die Wurzeln der Dinge. Die Probleme (Festlandsockel der Ägäis, umstrittener Luftraum, Kompetenzen des zu schaffenden NATO-Hauptquartiers in Larissa, gefährdetes Gleichgewicht der Kräfte, Streit wegen des von Athen prinzipiell beanspruchten Rechts zur Ausdehnung seiner Territorialgewässer auf 12 Meilen) bleiben ungelöst. Ungeregelt bleibt freilich auch – und vor allem – die Zypernfrage. Dass der Zwist um die «Insel der Aphrodite» nach wie vor viel emotionsgeladenen Konfliktstoff beinhaltet, zeigte zunächst der triumphale Empfang Papandreous' im Süden, dann die «Gegendemonstration» mit der Visite des türkischen Ministerpräsidenten Ulusu

im Norden der Insel. Es kommt hinzu, dass sich trotz viel diplomatischer Kosmetik deutliche Zeichen einer Kluft zwischen Papandreou und dem mit der prokommunistischen AKEL verbündeten zypriotischen Präsidenten Kyprianou bemerkbar machen – einer Kluft, die ihre Parallele im Verhältnis der Pasok-Sozialisten zu den moskautreuen Kommunisten im hellenischen «Mutterland» hat. Der Dissens zwischen «nationalem Zentrum» und Griechischzypern hat Hellas, aber auch dem Westen in der Vergangenheit manchen empfindlichen Schlag versetzt.

Unter diesen Umständen ist die Südostflanke der NATO wohl eher eine Fiktion als eine Wirklichkeit. Bisher haben sich die Nachfolger Kemal Atatürks und Eleftherios Venizelos', denen es gelungen war, nach erbitterten nationalen Antagonismen eine Periode der Freundschaft zwischen ihren Völkern einzuleiten, als nicht imstande erwiesen, die Politik jener grossen Staatsmänner effizient weiterzuführen. Gelingt dies auch in der Zukunft nicht, so werden die Historiker einst von Epigonen sprechen müssen.

Pavlos Tzermias

[1] Siehe Pavlos Tzermias, Anatomie eines Sieges, Schweizer Monatshefte, 61. Jahr, Heft 12, S. 935 ff., insbes. S. 938. Vgl. ferner Pavlos Tzermias, Papandreous «anderes Griechenland», Europäische Rundschau, 10. Jahrg., Nr. 1/82, S. 13 ff. – [2] Siehe Pavlos Tzermias, Die Rückkehr des verlorenen Sohnes, Schweizer Monatshefte, 61. Jahr, Heft 1, S. 12 ff.

Dedijers Tito-Buch als Dynamit

Das längste, teuerste und umstrittenste Buch, das in den letzten Jahrzehnten in Jugoslawien herausgegeben wurde, trägt den betont sachlichen Titel «Neue Beiträge zur Biographie Josip Broz Titos». Trotzdem sorgt das von Vladimir Dedijer, dem 68jährigen ehemaligen Partisanen, Historiker und Autor einer 1953 erschienenen offiziösen Tito-Biographie verfasste Werk seit Dezember vergangenen Jahres für Schlagzeilen, öffentliche Kontroversen und eine wahre Flut von Leserbriefen. Das Buch entpuppte sich als politisches Dynamit in Dokumenten und Kommentaren verpackt.

Nach anfänglichen Lorbeeren und Vorabdruck in mehreren führenden Tages- und Wochenzeitungen wurde das Buch bald zur Zielscheibe eines Kesseltreibens. Zahlreiche Parteihistoriker, führende Veteranenvertreter, Partisanengeneräle und nicht zuletzt mächtige Politiker, wie der kroatische Spitzenpolitiker Vladimir Bakarić, hatten das Werk der «politischen Pornographie» zugeordnet und den umstrittenen Autor der Verfälschung der historischen Wahrheit und billiger Sensationshascherei bezichtigt. Das Buch wurde auch aus den jugoslawischen Armee-Bibliotheken verbannt. Mitte März gaben die Verleger – «Liburnija», Rijeka und

«Mladost», Zagreb – offensichtlich nach massivem Druck von oben bekannt, dass die Bände 3 und 4, die den Kampf gegen Stalin und sodann die letzten Jahrzehnte im Leben Titos behandeln, nicht herausgegeben werden.

Die anhaltende Aufregung um das 1261 Seiten starke und 2100 Gramm schwere Buchmonstrum ist begründet. Dedijer lüftet mit offensichtlicher Genugtuung, stellenweise rachsüchtig, oft ohne jegliche Quellenangabe, den Schleier des Geheimnisses über Ereignisse und Personen, die bisher in der offiziellen Geschichtsschreibung Tabus waren. Anders könnte man ja die Tatsache nicht erklären, dass das oft auf hunderten Seiten bereits veröffentlichtes Material wiederholende und mit eitlen und arroganten, aber oft irrelevanten «Bekenntnissen» des Autors gespickte Buch trotz einer Auflage von 70 000 und eines Preises in der Höhe von 1400 Dinar ausserordentlich schnell vergriffen war.

Enttitoisierung

Was sind nun die wichtigsten, wirklich neuen Dokumente bzw. «Enthüllungen» ? Man kann aus der Fülle der Einzelheiten drei Hauptbereiche aufgreifen, die zum Teil miteinander verbunden sind. Vor allem bedeutet das Buch den eigentlichen Anfang der Enttitoisierung, wenn auch Dedijer behauptet, die Kritik an seinem Buch sei eigentlich gegen Tito gerichtet. Die Dokumentensammlung rückt das sorgfältig retuschierte Tito-Bild zurecht und entmythologisiert die Geschichte um Tito und die Partisanen. Die Fehler, das Zögern und nicht zuletzt die Frauenaffären des vor zwei Jahren verstorbenen Marschalls zeigen, dass er auch nur ein «Mensch mit seinem Widerspruch» war.

Er verliess seine erste russische Frau Pelagija samt Sohn Žarko ebenso rücksichtslos wie einige Jahre später die gebürtige Österreicherin Hertha Haas, die Mutter seines zweiten Sohnes, Mišo. Zum ersten Mal wird in einem in Jugoslawien herausgegebenen Buch auch Titos langjähriges Verhältnis mit seiner um fast 30 Jahre jüngeren Sekretärin «Zdenka» im Detail erzählt. Sie hiess Davorjanke Paunovic, stammte aus Ostserbien und war Studentin an der Belgrader Universität. Tito hatte sie als Kurier kennengelernt und nach dem Ausbruch des Partisanenkrieges im Sommer 1941 während des ganzen Krieges als Sekretärin und zugleich Freundin in seiner engsten Umgebung gehabt. Sie starb im Alter von nur 25 Jahren an Tuberkulose. Tito liess sie im Park des «Weissen Schlosses» in Belgrad beisetzen.

Politisch freilich viel brisanter sind die Behauptungen über Titos letzte Frau, Jovanka, die laut Dedijer eng mit dem 1966 gestürzten früheren Innenminister und Vizepräsident, Aleksander Ranković, zusammengearbeitet, Abhöranlagen in Titos Villa installieren lassen und Geheimdokumente über das ZK-Plenum auf Brioni, auf dem Ranković gestürzt worden war, in ihrer Waschmaschine versteckt habe. Ausserdem soll sie die Einstellung des Verfahrens gegen ihren serbischen Landsmann Ranković verlangt haben. Dedijer berichtet auch, dass Jovanka, die 1977 wegen ihrer politischen Intrigen endgültig in Ungnade fiel, ein brisantes Tagebuch mit Hilfe eines hohen Beamten aus

einem asiatischen Land ins Ausland herausschmuggeln liess, um es bei gegebener Zeit zu veröffentlichen.

Bakaric schlägt zurück

Dass sich Dedijer bei Jovankas Verwicklung in die Abhöraffäre auf angebliche Bemerkungen von Vladimir Bakarić berief, schlug wie eine Bombe in der politischen Welt ein. Seitdem greift Bakarić nicht nur diese «Schweinerei», wie er wörtlich sagte, an, sondern steht auch hinter der ganzen Kampagne gegen den Autor. Nebenbei bemerkt wurden Bakarić und der verstorbene slowenische Chefideologe Edward Kardelj auch jahrzehntelang abgehört, was sie vom Anfang an sehr wohl wussten. Bezeichnend ist ferner Dedijers Beschwerde, dass eine grosse Anzahl von Geheimdokumenten aus

Aus Vladimir Dedijers «Tito»

Über Verhandlungen mit den Deutschen

«Nachdem gefangene deutsche Offiziere gegen gefangene Partisanen am 5. September 1942 ausgetauscht wurden, gab es regelmässige Kontakte mit Deutschen an verschiedenen Fronten in Sachen Gefangenenaustausch. (. . .) In den nationalen Archiven in Washington, wo die deutschen Archive des Zweiten Weltkriegs aufbewahrt sind, erhielt ich Kopien zahlreicher Dokumente, die sich auf Verhandlungen zwischen dem Oberkommando der Partisanen und deutschen Kommandostellen bezogen.

Unter diesen Dokumenten befindet sich ein Protokoll über die Vorschläge, die die Delegation der jugoslawischen nationalen Partisanenarmee am 11. März 1943 in der Stadt Vakuf gemacht hatten (. . .) Da heisst es unter Punkt 3:

a) Das Kommando der jugoslawischen nationalen Befreiungsarmee ist der Ansicht, dass in der gegebenen Situation kein Grund für die deutsche Armee besteht, den Krieg gegen die Befreiungsarmee weiterzuführen angesichts der Position der Feinde und der Interessen beider Seiten. Es wäre im gemeinsamen Interesse, wenn die Feindseligkeiten gestoppt würden. Das deutsche Oberkommando und diese Delegation könnten ihre Vorschläge über mögliche Zonen und über Themen von wirtschaftlichem und sonstigem Interesse vorlegen.

b) Die nationale Befreiungsarmee betrachtet die Cetniks als ihren Hauptfeind.

Dieses Dokument, das die Nummer NDKW 1088/4 trägt, wurde von Milovan Djilas unter dem Namen M. Marković und von Vladimir Velebit unter dem Namen V. Petrović unterzeichnet sowie von Koca Popović unter dem eigenen Namen. Am 28. März 1980 habe ich Koca Popović, der nach dem Krieg acht Jahre lang Generalstabschef und zwölf Jahre lang Aussenminister war, die Dokumente gezeigt, die ich von Washington mitgebracht hatte. Er kannte sie und bestätigte ihre Authentizität.»

den persönlichen Archiven Titos und aus denen der Partei spurlos verschwunden seien.

Jovanka Broz soll auch versucht haben, Tito gegen Persönlichkeiten, die ihr aus persönlichen und politischen Gründen nicht gefielen, aufzustacheln. So wurde auch der frühere Moskauer Botschafter Velko Mičunović, der spätere Autor von hochinteressanten Memoiren («Moskauer Jahre») als Antisowjet kritisiert und schliesslich kaltgestellt. Was die Beziehungen Titos zu seinen engsten Mitarbeitern betrifft, ist vielleicht Dedijers Mitteilung über die Beziehungen zu seinem angeblich engsten Freund Kardeljs recht aufschlussreich. Danach sollen die beiden miteinander gelegentlich sogar acht Monate nicht gesprochen haben.

Es stellt sich nun auch heraus, dass Tito im Jahre 1914 zuerst an der Südfront in einem Regiment der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen Serbien gekämpft hat, bevor er an die russische Front versetzt wurde. In diesem Zusammenhang ist es übrigens offensichtlich, dass Dedijer viele alte Rechnungen, so vor allem auch mit seinem einstigen Freund Djilas, begleichen will. Er wurde 1954 aus dem Zentralkomitee entfernt, weil er für den ersten grossen jugoslawischen Dissidenten, Milovan Djilas, Redefreiheit forderte. Nun aber greift er Djilas nicht nur dafür an, dass der Montenegriner im Krieg sogar junge Partisanen sowie politische Gegner hinrichten liess, was ja Djilas selbst wiederholt in seinen Werken zugegeben hat. Nein, Djilas wird praktisch für alles, auch für die meisten Halbwahrheiten und Lügen Titos Biographie betreffend, verantwortlich gemacht.

Der Hauptfeind

Zweitens bringt Dedijer interessante und wohl auch kompromittierende Dokumente über jene Verhandlungen der Partisanen mit den deutschen Besatzern im März 1943, über die allerdings viel diskreter bereits Djilas vor einigen Jahren berichtet hat. Nun legt Dedijer Dokumente über die Richtlinien für die Verhandlungen vor, die mitten im Krieg ursprünglich in Zusammenhang mit einem Gefangenenaustausch Milovan Djilas, Koča Popović und Vlado Velebit mit deutschen Kommandeuren führten. Darin hiess es, dass es im Grunde nicht einzusehen sei, weshalb die Kämpfe zwischen Deutschen und Partisanen andauerten, da die Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens die Četniks (also die serbischen Widerstandskämpfer unter Draža Mihajlović (der Verf.) als ihre Hauptfeinde betrachte. Die Aktennotiz hatte Dedijer im amerikanischen Nationalarchiv gefunden und Popović selbst hat ihre Authentizität ihm gegenüber bestätigt.

Zwar weiss jeder Beobachter, der sich mit der jugoslawischen Zeitgeschichte befasst, dass die Partisanen in erster Linie einen Bürgerkrieg gegen die königstreuen serbischen Truppen um General Draža Mihajlović und nicht gegen die Achsenmächte führten, doch muss diese erste offiziöse Bestätigung der Verhandlungen mit den Deutschen als ein Schock für viele nicht eingeweihte, vor allem jüngere Parteikader gewirkt haben.

Dedijer hat aber noch ein heisses Eisen angefasst. Es geht dabei um Kroatien und konkret um zwei brisante Fragen. Erstens um die bis heute nicht ganz geklärte Verantwortung

für den misslungenen Befreiungsversuch von 90 kommunistischen Häftlingen aus dem Lager Keresztinac bei Zagreb im Juli 1941. Von den 90 Häftlingen konnten nur drei gerettet werden, und die überlebenden Akteure der Tragödie, so vor allem der spätere kroatische Parteichef Bakarić und der damalige Komintern-Agent in Zagreb, Josip Kopinić, streiten noch immer indirekt darüber, wer und was hinter der Affäre steckte.

Die Affäre Hebrang

In diesem Zusammenhang wird auch die mysteriöse Affäre um Andrija Hebrang, den einstigen Chef der kroatischen Kommunisten, der 1948 nach dem Bruch mit Stalin als entlarvter sowjetischer Agent im Gefängnis Selbstmord begangen haben soll, im Buch wieder aufgerollt. Es geht dabei um die Behauptung, dass Hebrang während seiner Verhaftung 1942 die KP verraten und mit den kroatischen faschistischen Ustasche zusammengearbeitet habe. Die Sowjets wussten von dieser Angelegenheit, da sie von Kopinić informiert worden waren. Sie konnten deshalb Hebrang mühelos erpressen. Was aber Dedijer in diesem Buch zum ersten Mal offen zur Diskussion stellt, ist die Frage, warum Tito vor 1946–48 nicht informiert war bzw. warum er trotz Warnungen Hebrang in geradezu unverständlicher Weise gehalten hat.

Dies führt zum dritten und aussenpolitisch besonders interessanten Fragenkomplex, nämlich zu den Beziehungen zur Komintern bzw. zur sowjetischen «Vaterpartei» vor dem Zweiten Weltkrieg, und zum Teil auch während der Partisanenbewegung. Der Slowene Josip Kopinić, hochrangiger Marineoffizier, später Admiral in der sowjetischen Kriegsmarine, war der Komintern-Beauftragte nicht nur für Jugoslawien, sondern noch für acht nicht näher präzisierte andere Länder und lebte während des ganzen Krieges im Untergrund in Zagreb. Er hat für die Sowjets, aber auch für Tito die Funkkontakte aufrechterhalten. Es gibt nicht weniger als 6000 bisher nicht veröffentlichte Geheimdepeschen in Moskau, die zwischen der Komintern und Titos Stab in beiden Richtungen gesendet wurden. Eine andere Schlüsselpersönlichkeit war der Kroate Steve Krajačić, der auch für den sowjetischen Geheimdienst gearbeitet hatte. Beide waren also sowjetische Agenten, zugleich hatten beide den Weg Titos an die Parteispitze geebnet und schliesslich im Konflikt mit Stalin seine Partei ergriffen.

Sowjetischer Protest

Heute handelt es sich aber darum, dass Dedijer mit Hinweis auf den Konflikt mit Kopinić im Jahre 1941 mehrmals durchblicken lässt, die führenden kroatischen Kommunisten hätten damals im Einklang mit der Komintern-Linie eine eigene Partei ausserhalb der gesamtjugoslawischen KP organisieren wollen. Dass Dedijer in erster Linie noch immer in den kroatischen Medien scharf angegriffen wird, hängt mit diesem Vorwurf der angeblichen «Kroatisierung» zusammen. Bakarić hat allerdings kürzlich die Behauptung zurückgewiesen, wonach die Sowjetunion eine Abspaltung der kroatischen Partei betrieben hätte.

Es ist kaum überraschend, dass die Sowjets wegen des Dedijer-Buches einen geharnischten Protest in Belgrad einlegten. Immerhin kann man im Buch pikante Enthüllungen darüber lesen, wie weitgehend die führenden jugoslawischen Funktionäre mit den beiden in Zagreb operierenden sowjetischen Spionagezentren zusammengearbeitet haben. Dedijer erzählt auch, dass 800 jugoslawische Parteimitglieder, darunter 25 ZK-Mitglieder, während der Stalinära in der Sowjetunion umgebracht wurden. Dazu kamen noch 200 Amerikaner jugoslawischer Abstammung, die auch zugrunde gingen. Auch im spanischen Bürgerkrieg liquidierten NKVD-Agenten jugoslawische Kommunisten, die gegen Franco gekämpft hatten. Die erste Frau Titos, Pelagija, musste übrigens 20 Jahre im Lager in Sibirien und in Gefängnissen verbringen und durfte sich erst zehn Jahre nach ihrer Freilassung 1966 in Moskau niederlassen, als ihr endlich gelang, mit ihrem in Jugoslawien lebenden Sohn Žarko und dadurch indirekt auch mit Tito Kontakt herzustellen.

Dedijer schildert als Augenzeuge auch, wie die Komintern durch Kurierdienst in einem Diplomatenkoffer mit einem doppelten Boden grössere Dollarbeträge der Partei und persönlich Tito zukommen liess. Noch im Dezember 1940 erhielt die Führung 2500 Dollar, die auf dem schwarzen Markt umgewechselt wurden, da man 75 statt 50 Dinar für einen Dollar bekommen hatte.

Dedijer selbst gibt immer wieder zu, er habe nur einen Bruchteil der Originaldokumente benützen können. Viele alte Genossen, wie etwa der vorsichtige Petar Stambolić, der nächste turnusmässige Vorsitzende des Präsidialrates, oder übrigens auch Kopinić selbst, der als Pensionist in Pula lebt, waren nicht bereit, ihre Aufzeichnungen zur Verfügung zu stellen. Man kann gespannt sein, ob der nächste Band des bereits abgelieferten Manuskripts über die Jahre des Konflikts zwischen Tito und Stalin je herausgegeben wird. Jedenfalls ist die Zeit der Tito-Legenden unwiderruflich vorbei. Trotz aller Schwächen und Halbwahrheiten des ebenso krankhaft eitlen, wie psychisch labilen Autors öffnet Dedijers Werk den Weg zum Abbau des Tito-Kultes.

Paul Lendvai